

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Teilbereich nicht vor, sodass wir am Ende der Beratungen des Teilbereichs Soziales und damit am Ende der Beratung des Einzelplans 11 insgesamt angeht sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 15/1711, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen, folgen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1711** mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP so **angenommen** und der **Einzelplan 11 verabschiedet**. Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke sind zwar anwesend, haben aber an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Ich rufe nun auf

Einzelplan 15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 15/1715.

Wir kommen zunächst zum

Teilbereich Gesundheit, Pflege und Alter

Als erstem Redner in der Debatte zu diesem Teilbereich darf ich dem Abgeordneten Kleff für die Fraktion der CDU das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Kleff (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wikipedia bezeichnet ein Phantom als eine „unwirkliche Erscheinung“. Eine unwirkliche Erscheinung ist auch der Haushalt 2011, den Sie trotz der Warnung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen dem Landtag vorlegen. Sie muten uns einen Haushalt zu, der vorsätzlich und ohne Not gegen die Verfassung unseres Landes verstößt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Aber was wir bis jetzt erreicht haben, ist ein Riesenerfolg. Wir haben den Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2010 und 2011 gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung zusätzliche Schulden in Höhe von mehr als 6 Milliarden € und die damit verbundenen Zinsen erspart.

So, wie sich die Haushaltsberatung heute darstellt, werden Sie mit einer Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken das Land mit einem Haushalt regieren, der nicht verfassungskonform ist.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wir regieren nicht!)

Das ist genauso, als wenn jemand ohne Führerschein ein Auto steuert.

(Beifall von der CDU)

Dies ist der erste Haushalt, den die rot-grüne Landesregierung vorlegt. Die angeblich vorausschauende, präventive Finanzpolitik von Frau Kraft führt zu einer Verschuldung unseres Landes, die mittelfristig diejenigen Bürger trifft, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Das ist unsozial mit Ansage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Kleff, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Zum einen habe ich natürlich die Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, etwas ruhiger hier im Saal zu sein, und zum anderen möchte der Abgeordnete Mostofizadeh eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese Zwischenfrage zu?

Hubert Kleff (CDU): Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Kollege, Sie haben eben behauptet, die Linke würde den Haushalt mittragen. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Linke sich bis jetzt an keiner Einzelplanabstimmung beteiligt hat?

Hubert Kleff (CDU): Ich kann das aufgrund des bisherigen Verhaltens schon vorhersehen.

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Können Sie mir die Lottozahlen bitte auch vorhersagen? – Unruhe)

Das ist der erste Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, der von Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin Steffens, zu verantworten ist. Der Ansatz im Einzelplan 15 steigt – bereinigt – um 39,4 Millionen € an. Der eine oder andere Haushaltsansatz wäre sicher wünschenswert und könnte von uns mitgetragen werden. Aber wie so oft im Le-

ben ist auch hier nicht alles, was wünschenswert ist, auch machbar und insbesondere bezahlbar.

Frau Ministerin Steffens, die vielen globalen Botschaften, die Sie bei Ihren öffentlichen Auftritten im Land verbreiten, kommen bei den Bürgern wunderbar an.

(Zuruf: Gut!)

Einige Beispiele: „Wir wollen unser Gesundheitssystem menschlicher ausrichten.“ – Interview mit der Krankenhausgesellschaft, November 2010. Bis heute: Fehlanzeige!

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

„Ein Schwerpunkt wird die Prävention und die Hilfe für Kinder aus sozial benachteiligten Familien sein.“ – Aussage in der „Westfalen-Post“ am 5. August 2010. Bis heute: Fehlanzeige!

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

„Wir wollen – ich betone: schnellstens – den seit 2001 geltenden Krankenhausrahmenplan neu strukturieren.“ – Aussage in der „Westfalen-Post“ am 5. August 2010. Bis heute: Fehlanzeige!

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

Übrigens haben Sie die von uns eingeführte pauschale Krankenhausfinanzierung in Ihrer Haushaltsrede am 3. Dezember 2010 als solche und von der Höhe her als „völlig unzureichend“ kritisiert.

(Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Frau Ministerin Steffens, wie sich doch die Zeiten ändern!

(Ministerin Barbara Steffens: Nein, die ändern sich gar nicht!)

Wie ist Ihre Position bei der Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes? Sie haben im Koalitionsvertrag Sofortmaßnahmen angekündigt.

(Ministerin Barbara Steffens: Das haben wir doch gemacht!)

In der ideologisch geprägten Schulpolitik hat die Landesregierung superschnell gehandelt und eine Rückabwicklung eingeleitet. Warum geht das eigentlich nicht in anderen Bereichen?

(Ministerin Barbara Steffens: Das habe ich doch gemacht! Das haben Sie wieder nicht mitgekriegt!)

Warum tun Sie sich beim Nichtraucherschutz so schwer? Gibt es in der Minderheitsregierung Meinungsverschiedenheiten, die, wie bereits vor 2005, ein Regierungshandeln unmöglich machen? Wollen Sie das Parlament umgehen und mit Erlassen arbeiten?

Zum Thema Organspende:

(Ministerin Barbara Steffens: Jetzt kommt das wieder!)

Die sich in den ersten Monaten dieses Jahres abzeichnende rückläufige Entwicklung

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

dürfen wir im Interesse der auf lebensrettende Spenderorgane wartenden Menschen nicht hinnehmen.

(Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Hier ist Eile geboten. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wann wollen Sie uns endlich ein Konzept vorlegen, das zu einer Verbesserung der Situation der Menschen führt, die auf ein Spenderorgan warten? Frau Ministerin Steffens, haben Sie eigentlich schon gemerkt, dass auch die Bereiche „Pflege“ und „Alter“ in Ihrem Ministerium angesiedelt sind? Ich kenne von Ihnen keine Ansätze und kein Konzept, mit denen Sie auf die demografische Herausforderung reagieren wollen.

(Beifall von der CDU – Lachen von Ministerin Barbara Steffens)

Auch zum Wohn- und Teilhabegesetz gibt es in der Minderheitsregierung unterschiedliche Meinungen.

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

Herr Killewald von der SPD hat in seiner Rede am 3. Dezember 2009 das Gesetz als ein gutes Gesetz gelobt. Am 29. Januar 2009 sagten Sie:

„Nein, das Wohn- und Teilhabegesetz schreckt für die Normalität eher ab als dass es Sicherheit gibt.“

Wir warten gespannt darauf, was sich hier tut.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wo ist die angekündigte Orientierungshilfe für alle Lebensphasen? Wo sind die Novellierungsideen für eine gemeinsame Pflegeausbildung? Bezüglich der haushaltsnahen Dienstleistungen haben Sie uns am 29. Januar 2009 vorgeworfen:

„Auch da wollen Sie nicht ran. Da wollen Sie Menschen nicht in die Normalität eines Arbeitslebens holen.“

Das war Ihre Aussage. Ich frage Sie: Wann holen Sie die Menschen in die Normalität? In Sachen haushaltsnahe Dienstleistungen ist auch noch nichts passiert.

Selbst bei Ihren Lieblingsthemen „geschlechterspezifische Gesundheitspolitik“ und „Gender“ sind keine Aktivitäten zu erkennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei all diesen Versäumnissen ist es für mich mehr als verständlich, dass Frau Steffens immer wieder Ablenkungsmanöver startet, indem sie den Bundesge-

sundheitsminister angreift. Ich zitiere aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“:

„Rösler sitzt, seit er zuständig ist, die Pflegereform aus. Ich erwarte, dass er endlich Fakten auf den Tisch legt und nicht ständig 2011 als Jahr der Pflege verkündet, sich aber monatelang nichts tut. Ich erwarte, dass ein Minister der Verantwortung, die er hat, auch gerecht wird.“

So weit die Zitate.

Frau Ministerin Steffens, das, was Sie Minister Rösler vorwerfen, trifft in vollem Umfang auch für Ihre Amtsführung zu.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Unverantwortlich ist auch die Stimmenthaltung der Landesregierung bei der Abstimmung über die Ergebnisse der Kommission zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn 15 Länder dem Ergebnis zustimmen, dann kann es aus meiner Sicht keine sachliche Begründung für die Enthaltung von Nordrhein-Westfalen geben.

(Beifall von der CDU)

Frau Ministerin Steffens, wir fordern Sie auf, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung endlich zur Chefsache zu machen, das Haushaltskonzept fortzuschreiben und das Berliner Versorgungsgesetz nicht zu blockieren.

(Ministerin Barbara Steffens: Ich blockiere? Das ist ein Witz!)

Auch hier stimme ich mit Ihrer Aussage im „Kölner Stadt-Anzeiger“ überein. Ein Aussitzen geht auf die Knochen der Menschen in unserem Land. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kleff. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Lück das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Angela Lück (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kleff, es ist schön, wenn Sie schon heute wissen, wie der Haushalt am Ende abgestimmt wird. Das ist schon drollig.

(Zurufe von der CDU)

Wir fragen uns natürlich: Wo steht die Glaskugel, in der man das schon heute sehen kann?

(Beifall von der SPD)

Ich möchte auf einige Ausführungen in Ihrer Rede eingehen. Bezüglich des Krankenhausrahmenplans

ist fünf Jahre lang nichts passiert. Heute mahnen Sie das an. Das ist doch wirklich fragwürdig.

Drollig ist aber auch, warum hinsichtlich des von Ihnen gemachten Nichtraucherschutzgesetzes heute von Ihnen kritisiert wird, dass da noch nichts vorliegt. Das stammt doch aus Ihrer Feder.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine nachhaltige und erfolgreiche Landespolitik in Sachen Gesundheit, Pflege und Alter muss sich daran messen lassen, ob sie eine flächendeckende, bedarfsgerechte und ohne Hürden zugängliche gesundheitliche und medizinische Versorgung für alle zum Ziel hat, von der Prävention bis hin zur Palliativmedizin, und dieses unabhängig von dem jeweiligen sozialen Status, vom Alter, von der Herkunft und vom Geschlecht.

Der demografische Wandel sowie die geschlechter- und herkunfts-differenzierte Gesundheitsprävention und -versorgung sind Aufgabe und Herausforderung unserer Zeit. Dies gilt auch im Hinblick auf ländliche Regionen und sozial benachteiligte Stadtteile.

Ebenso ist die Gesundheitswirtschaft unstrittig aber auch ein Jobmotor, auch hinsichtlich bedarfsgerechter und die Individualität wahrender Wohn- und Pflegeformen. Deshalb gilt es, im Bereich der öffentlichen Gesundheit für stabile Strukturen und verlässliche Standards mit Sicherheitsgarantien zu sorgen. Wir alle wissen, dass dies lediglich im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeiten und stark beschränkten Kompetenzen unseres Landes möglich ist.

Der Fachausschuss hat sich in der letzten Legislaturperiode intensiv mit der Versorgung psychisch Erkrankter beschäftigt.

Ein Schwerpunkt war die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. Aktuelle Studien zeigen, dass hiervon jeder betroffen sein kann.

Ein zweiter Schwerpunkt war die Versorgung physisch erkrankter Kinder und Jugendlicher. In mehrstündigen Anhörungen haben Fachleute eindrücklich darauf hingewiesen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Hier ist es nicht fünf vor zwölf, nein, hier ist es bereits 20 nach zwölf. Diese Anhörungen und Appelle liegen Jahre zurück. Passiert ist aber nichts. Handlungsbedarf gibt es durchgängig in allen Behandlungsformen: ambulant, teilstationär und stationär. Und die Schnittstelle zur Jugendhilfe muss dringend verbessert werden.

Nicht zuletzt aufgrund der Empfehlung der Landesgesundheitskonferenz aus dem Jahre 2010 wird die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung unter Berücksichtigung der aktuellen soziodemografischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Schnittstellenproblematik untersucht. Ich kann Ihnen versichern: Das gehen wir offensiv an. Das finden Sie im vorliegenden Haushaltsplan.

Um dem drohenden Ärztemangel zu begegnen, hatte die alte Landesregierung das Hausärzteprogramm initiiert. Das muss weiter ausgebaut werden, da die Ergebnisse bei Weitem nicht für eine Problemlösung taugen. Aber das haben wir schon ausführlich hier diskutiert. Bislang haben die Länder keinen Einfluss darauf, nach welchen Kriterien Niederlassungen für Ärztinnen und Ärzte vergeben werden. Die Planungen machen die Kassenärztlichen Vereinigungen. Laut Kassen stehen Tausende überzählige Ärzte in den Städten wenigen Hundert fehlenden auf dem Land gegenüber. Doch der Ärztemangel im ländlichen Bereich wird in absehbarer Zeit dramatische Entwicklungen annehmen.

Die Länder haben bei der Gesundheitsministerkonferenz – Sie haben es angesprochen, Herr Kleff – in der letzten Woche in Berlin ein Mitspracherecht bei der Ärzteplanung beantragt. Meine Damen und Herren von der FDP, Sie sind nun aufgefordert, auf Ihren künftigen Parteivorsitzenden und Bundesgesundheitsminister einzuwirken, damit das in Aussicht gestellte Versorgungsgesetz kein Feigenblattgesetz wird, sondern den Ländern eine echte Gestaltungsmöglichkeit gibt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Menschen da erreichen, wo sie wohnen, leben, arbeiten und älter werden. Die Lebensleistung der älteren Generation muss anerkannt und gewürdigt werden. Sie müssen sicher sein können, dass sie ihr Leben selbstbestimmt in vertrauter Umgebung und mit professioneller Unterstützung führen können. Die Stärkung der Pflege ist unerlässlich, um dem bereits bestehenden und sich verstärkenden Fachkräftemangel entschieden entgegenzuwirken. Deshalb haben wir die Zahl der Ausbildungsplätze aufgestockt. Unser Ziel ist weiterhin, die umlagefinanzierte Ausbildung im Bereich der Pflege. Herr Minister Laumann hat in seiner Amtszeit deutlich dagegen gearbeitet.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Selbstverständlich kann die neue Landespolitik angesichts der landespolitischen Versäumnisse der letzten schwarz-gelben Jahre, was den Haushalt betrifft, im ersten Jahr der neuen Regierung nicht das Ruder völlig herumreißen. Aber wir haben mit diesem Haushaltsplanentwurf den Einstieg in den Politikwechsel deutlich gemacht. Das ist der richtige Schritt.

Umso mehr freue ich mich, dass sich unter diesen Vorzeichen so viele Ausschussmitglieder über unsere Koalition der Einladung hinaus gerade im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration dazu eingebracht haben. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 15. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Lück. – Als Nächster spricht für die Fraktion der Grünen Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch vor dem Hintergrund einer sehr schwierigen Haushaltssituation wird die rot-grüne Koalition in den Bereichen Gesundheit, Alter und Pflege einen Schwerpunkt legen und zusätzliche Haushaltsmittel einstellen. Dabei werden wir

- Maßnahmen zur Sicherung einer ortsnahen gesundheitlichen Versorgung ergreifen, besonders für die Menschen den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung verbessern, die bislang von den bestehenden Gesundheitsangeboten nur unzureichend erreicht werden. Wir sehen hier besonders Kinder, die in armen Familien leben, und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.
- Gesundheitsprävention, Aidshilfe und Drogenhilfe weiter stärken und durch zusätzliche Angebote verbessern, mit denen bestimmte Zielgruppen besser als bisher erreicht werden;
- uns dafür einsetzen, dass das Gesundheitswesen wesentlich stärker auf den unterschiedlichen Bedarf und die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern ausgerichtet wird;
- die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern und hierbei auch die Kooperation mit der Jugend- und Familienhilfe sowie mit den Schulen stärken;
- den Ausbau neuer Wohn- und Pflegeformen weiter voranbringen, das selbstständige Wohnen mit der Versorgungssicherheit für Menschen mit Unterstützungsbedarf auch im Rahmen von Quartierkonzepten befördern sowie den Pflegenotstand durch die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege abbauen.

Auch wenn grundsätzlich die gesundheitliche Versorgung für alle Menschen gleichermaßen vorhanden sein sollte, werden Menschen in Armut und prekären Lebenssituationen in unserem Gesundheitssystem leider weitaus schlechter versorgt. Das liegt auch daran, dass viele Menschen von den Angeboten insbesondere der Gesundheitsprävention nicht erreicht werden.

Wir streben deshalb an, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besser als bisher gesundheitlich versorgt werden, unter anderem dadurch, dass wir dazu beitragen, die Zugänge zu erleichtern. Hierzu gehören insbesondere gesundheitliche Präventionsangebote, die auf die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sind.

Auch müssen die Familien mit Migrationshintergrund besser als bisher erreicht werden. Im Rahmen der Gesundheitshilfe wird ein Gesamtkonzept

erstellt, um die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Eingerichtet werden soll auch wieder eine Landeskoordinierungsstelle „Frauen und Gesundheit“. Dafür werden 200.000 € bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, die Aidsprävention wollen wir gemeinsam mit der Aidshilfe zeitgemäß ausrichten und darüber hinaus insbesondere zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Angebote stärken. Mit der Anhebung des Haushaltsansatzes um 500.000 € für die Aidsarbeit reagieren wir auch auf die gestiegene Zahl von Neuinfektionen. Die zusätzlichen Haushaltsmittel sind insbesondere für die zielgruppenspezifische Aidsprävention, damit wir die Menschen in ihrer Lebenssituation noch besser mit den Präventionsangeboten erreichen können. Wir wollen insbesondere die Angebote gegenüber den jungen Menschen, selbsthilfeorientierte frauenspezifische Aidsprojekte und Hilfen für Menschen mit Migrationshintergrund weiter verbessern.

Darüber hinaus beteiligt sich NRW an der Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen. Hierfür stellen wir 600.000 € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, nachdem Schwarz-Gelb in den letzten Jahren die Mittel für Sucht- und Drogenhilfe in unverantwortlicher Weise um über 20 % gekürzt hatte mit der Folge, dass vielerorts besonders niedrigschwellige Angebote kaum noch aufrechterhalten werden konnten, wollen wir in diese Arbeit wieder mehr investieren. Von den zusätzlichen Mitteln sollen 1 Million € vorrangig für die zielgruppenspezifische, geschlechterspezifische Suchtprävention insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, jungen Erwachsenen und älteren Menschen eingesetzt werden. Wir halten es zudem für notwendig, Suchthilfeangebote zu fördern, mit denen Menschen mit Migrationshintergrund erreicht werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für die Errichtung der Landesfachstelle „Frauen & Sucht“ und für die Weiterentwicklung der Hilfen für suchtkranke Frauen sind fast 700.000 € bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, die Sicherung der wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung ist eine der zentralen Aufgaben in der Gesundheitspolitik. Sie ist insbesondere für wenig mobile Personengruppen wie ältere Menschen und Kinder von Bedeutung. Zwar gibt es in NRW in vielen Regionen, besonders in den städtischen Zentren, ein ausreichendes Angebot an Hausärztinnen und Hausärzten sowie Fachärztinnen und Fachärzten. Dies sieht allerdings in vielen ländlich strukturierten Gebieten etwas anders aus. Es gibt jetzt schon eine sehr starke regionale Ungleichverteilung.

Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in unterversorgten Gebieten haben wir zusätzlich

1 Million € bereitgestellt. Hiermit sollen unter anderem Maßnahmen ergriffen werden, die eine hausärztliche Versorgung in strukturschwachen Gebieten sicherstellen. Wir wollen die wohnortnahe Gesundheitsversorgung ebenso zusichern wie Krankenhäuser der Maximalversorgung und spezialisierte Zentren.

Die pauschale Krankenhausförderung wird zukünftig durch einen „Sonderfonds Krankenhäuser“ begleitet, um den speziellen Erfordernissen der Krankenhausplanung gerecht zu werden. Hiermit wollen wir Maßnahmen unterstützen, mit denen qualitative Verbesserungen für die Patientinnen und Patienten erreicht werden können. So sollen insbesondere die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sowie älterer Personen in Krankenhäusern stärker Berücksichtigung finden. Hierfür werden wir zunächst 3,7 Millionen € zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ein Ziel ist der Aufbau der Gemeindepsychiatrie und die Sicherstellung wohnortnaher Versorgungsstrukturen, die an den Bedürfnissen der psychisch erkrankten Menschen ausgerichtet sind, sowie die Vernetzung der Hilfen, die den Menschen ein weitgehend eigenständiges und sozial integriertes Leben ermöglichen.

Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Verbesserung der psychosozialen Hilfen für Kinder und Jugendliche. Hiermit wollen wir erreichen, dass die seelische Gesundheit junger Menschen gestärkt und gesundheitlichen Störungen frühzeitig entgegengewirkt wird; dafür sind 5 Millionen € bereitgestellt. Allen betroffenen Kindern, Jugendlichen und deren Familien muss der Zugang zu bedarfsgerechten, zielgruppenspezifischen und vernetzten Hilfen ermöglicht werden.

Einer der Schwerpunkte besteht in Quartierkonzepten und der Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur. Menschen, die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, müssen auch weiterhin selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können. Hierzu wollen wir das Angebot weiter ausbauen. Wir werden deshalb Quartierkonzepte fördern, mit denen auch für die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, eine Versorgungssicherheit in den Wohnquartieren geschaffen werden kann. Wir wollen damit auch einen weiteren Ausbau für die entsprechende Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur erreichen. Dafür werden wir 1,8 Millionen € zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir einen Pflegenotstand haben. Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln wollen wir dem Pflegenotstand entgegenwirken und dem zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften aufgrund des demografischen Wandels gerecht werden. Vorgesehen sind für die Fachkräfteausbildung bis zu 10.300 Plätze in der Altenpflegeausbildung und damit 1.570 Ausbildungsplätze mehr als noch unter Schwarz-Gelb.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zudem sieht der Haushalt eine Erhöhung der Plätze für die Familienpflegeausbildung um 100 auf 400 Plätze vor, damit wir nicht nur dem Pflegenotstand entgegenwirken, sondern auch vielen jungen Menschen eine Berufsperspektive anbieten können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort nun der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Landesregierung wird vor allem in Gestalt von Ministerin Steffens nicht müde zu betonen, dass die Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen menschlicher werden muss.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das klingt ja erst mal gut. Aber bei genauerem Hinsehen kommen Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Absicht auf. Das Ganze gerät zur inhaltslosen Formel, weil es an Vorschlägen mit Substanz mangelt.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Wir warten bereits gespannt auf die Erkenntnisse des Forschungsprojektes, das eine Bestandsaufnahme der nordrhein-westfälischen Gesundheitslandschaft liefern soll, um darauf aufbauend die Handlungsfelder in der Gesundheitspolitik zu entwickeln.

Bis es so weit ist, werden notwendige Reformanstrengungen der Bundesregierung fast schon gewohnheitsmäßig mit heftigem Störfeuer aus Nordrhein-Westfalen begleitet – egal, ob es um die Reform der GKV, um Neuregelungen bei der ärztlichen Bedarfsplanung oder um die künftige Ausrichtung der Pflegepolitik geht: Ministerin Steffens gefällt sich in der Rolle der notorischen Nörglerin, die aber außer schönen Worten selbst nicht viel zu bieten hat.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt nicht!)

Besonders unangenehm ist es offenbar, sich konkret zu Fragen der Finanzierung zu äußern, denn dann könnte das Image der grünen Wohlfühlpartei schnell hässliche Schrammen bekommen. Wenn es dann doch mal um Geld geht, wie bei der Frage einer besseren Bezahlung von Pflegekräften, heißt es in einer Pressemitteilung vom 6. Dezember 2010 lapidar, dass der Bundesgesundheitsminister eben neue Wege aufzeigen solle. Der Dienst am Menschen müsse unserer Gesellschaft mehr wert sein, weiß die Ministerin.

Leider ist es nicht ganz so einfach, wie das klingt. Ich kann Frau Steffens nur sagen, dass auf der

Bundesebene vieles von dem angepackt wird, was unter Rot-Grün liegengelassen ist,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! – Zuruf von der SPD)

und dass die Sparanstrengungen, die auf der Ausgabenseite im GKV-Finanzierungsgesetz vorgesehen sind, von allen Beteiligten im Gesundheitswesen zu erbringen sind.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Mit einem Bundesgesundheitsminister Rösler sorgen wir also tatsächlich für die Gerechtigkeit, von der Sie nur reden.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Dann fragen Sie mal die Hebammen! – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das ist ja ein Witz der Geschichte!)

Es ist davon auszugehen und realistisch, dass die gesundheitliche Versorgung in den nächsten Jahren insgesamt teurer werden wird. Einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion darüber, wie die weitere Ausgestaltung des Gesundheitswesens in einer älter werdenden Gesellschaft aussehen muss, muss diskutiert werden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dieser Diskussion wollen wir als FDP uns natürlich stellen. Zu einer Lösung dieses Problems hat Rot-Grün im Bund bestenfalls halbherzig beigetragen. Zu mehr sind Sie bislang augenscheinlich auch in Nordrhein-Westfalen nicht bereit.

Nach diesen Vorbemerkungen komme ich zur konkreten Ausgestaltung des Einzelplans 15 für die Bereiche Gesundheit, Alter und Pflege. Die Patientenrechte zu stärken ist ein Vorhaben, das von der FDP voll und ganz unterstützt wird. Daher begrüßen wir, dass die Bundesregierung Eckpunkte für ein Patientenrechtegesetz vorgelegt hat. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass Bürgerrechte auch im Gesundheitswesen eine größere Rolle einnehmen. Versicherte und Patienten müssen in die Lage versetzt werden, das Angebot im Gesundheitswesen mehr als bisher bewerten zu können, obwohl klar ist, dass es aufgrund der Komplexität der Materie und im akuten Krankheitsfall immer ein Ungleichgewicht zwischen den Gesundheitsberufen und den Patienten geben wird. Dennoch benötigen die Patienten Informationen und mehr Transparenz in Fragen des Angebots und dessen Qualität.

Das gilt ganz sicher für die Fachstelle „Frauen und Sucht“, die mit 200.000 € wieder eingerichtet werden soll. Dieses Vorhaben ist kritikwürdig, weil es die Renaissance der alten Strukturen beinhaltet und gesellschaftspolitische Notwendigkeiten, die eine Ausrichtung an beiden Geschlechtern erfordern, schlicht ignoriert.

Mit einem Fragezeichen zu versehen sind zusätzliche Mittel auch in anderen wichtigen Handlungsfeldern wie der Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen. CDU und FDP haben in der letzten Legislaturperiode ein Programm zur Vermeidung eines Ärztemangels im ländlichen Bereich aufgelegt.

(Heike Gebhard [SPD]: Ergebnis?)

Es ist zu hinterfragen, ob es richtig ist, dass Rot-Grün die Mittel um eine weitere Million aufstocken möchte.

Bei HIV und Aids sieht die Sache zumindest inhaltlich anders aus. Selbstverständlich ist ein Engagement der Landesregierung neben der fachbezogenen Pauschale an die Kommunen unverzichtbar. Eine noch stärkere zielgruppenbezogene Prävention ist von elementarer Bedeutung. Trotzdem muss kritisch hinterfragt werden, ob Mehrausgaben für diesen Bereich angesichts der dramatischen Haushaltslage das Gebot der Stunde sind.

Das gilt auch für das Politikfeld „Drogen und Sucht“. Wir haben als FDP einen Antrag zur Alkoholprävention und besseren Versorgung von alkoholkranken Menschen vorgelegt, aus dem ein fraktionsübergreifender Antrag entstanden ist. Die Anforderung besteht zugegebenermaßen darin, mit den vorhandenen Ressourcen etwas Gutes für das Land zu tun. Das gelingt vor allem durch Kooperation bzw. eine abgestimmte Zusammenarbeit der Akteure. So kann man viel dazu beitragen, die Qualität des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen aufrechtzuerhalten oder zu verbessern.

Neue oder wieder aufgelegte Maßnahmen sind daher umso kritischer zu betrachten. Ob dazu die erneute Förderung einer Koordinationsstelle „Frauen und Gesundheit“ beiträgt, ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Das ist nichts anderes als die Rückkehr zur Politik aus der Zeit vor 2005. Ich bezweifle, dass die dazu veranschlagten Mittel in Höhe von 200.000 € gut investiertes Geld sind. Das sage ich gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Gesundheit von Jungen und Männern in den letzten Jahren vernachlässigt wurde und spezifische Versorgungsansätze ebenso notwendig sind wie für das weibliche Geschlecht.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wer war denn in den letzten Jahren an der Regierung?)

Die von den Grünen gerade beschworene Gender-Orientierung hat noch immer zu oft allein die Frauen im Blick. Das ist uns zu wenig. Es wäre aber auch nicht zielführend, wenn man jetzt eine Koordinierungsstelle für Frauen- und Männergesundheit einrichten würde. Stattdessen sollte die Landesregierung dafür eintreten, dass die Notwendigkeit einer geschlechterspezifischen Ausrichtung des Gesundheitswesens als Botschaft bei allen Akteuren in Nordrhein-Westfalen ankommt und zu einer differenzierten Ausgestaltung des gesundheitlichen An-

gebots in den Bereichen Prävention und Behandlung insgesamt führt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Howe?

Marcel Hafke (FDP): Nein, danke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Marcel Hafke (FDP): Auf Bundesebene wird derzeit an einem Versorgungsgesetz gearbeitet, in dem es exakt um die genannte Problematik geht. Sie ist ja keineswegs NRW-spezifisch. Es ist unerlässlich, sich weiter zu engagieren. Man sollte dies aber in Form einer gemeinschaftlichen Anstrengung sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene tun, anstatt sich als vermeintlicher Wohltäter aufzuspielen.

SPD und Grüne haben auch in anderen Bereichen die Spenderhosen an. Ich nenne beispielsweise den sogenannten Krankenhaussonderfonds. Zum einen soll damit eine Untersuchung finanziert werden, die Strukturschwächen der Krankenhäuser vor allem in den Betriebsabläufen identifiziert. Zum anderen ist die Förderung von Modellprojekten vorgesehen, mittels derer eine bessere Patientenorientierung sowie eine geschlechterspezifische Ausrichtung erprobt werden sollen. Da muss man sich doch fragen, ob der finanzielle Mehraufwand angesichts der kritischen finanziellen Lage des Landes nicht reichlich übertrieben ist.

Im Bereich des Maßregelvollzugs zeigt sich wie in den Jahren zuvor das Bestreben, grundsätzlich konsensorientiert vorzugehen. Ich erinnere mich zwar daran, dass es in den Jahren zuvor aus den Reihen von SPD und vor allen Dingen von den Grünen auch kritische Stimmen angesichts des Versuchs der früheren Landesregierung gab, die Kosten nicht explodieren zu lassen. Insgesamt ist es aber aus gutem Grund gelungen, parteipolitisch motivierte Profilierungen aus diesem Themenfeld herauszuhalten. Dennoch ist der Kostenanstieg in Höhe von 17 Millionen € beträchtlich, der bekanntlich durch die hohe Zahl suchtkranker Straftäter verursacht wird. Wir sind dazu verpflichtet, gemeinsam nach den Ursachen und angemessenen Lösungen zu suchen.

Damit komme ich zum Bereich des Alters und der Pflege. Es muss nicht betont werden, dass ältere Menschen nach Möglichkeit in ihrer vertrauten Umgebung bleiben sollten. Das hängt maßgeblich davon ab, welche Ressourcen vorhanden sind, die eine selbstständige Lebensführung im höheren Alter begünstigen können. Zu diesem Zweck einen Masterplan „Quartier“ aufzustellen, klingt nach einer vernünftigen Idee. Ähnlich wie beim Thema Men-

schen mit Behinderungen betrifft dies ganz unterschiedliche Ressorts. Doch auch hier ist zu fragen, ob dafür zusätzliches Geld ausgegeben werden sollte, zumal sich Überschneidungen mit dem geplanten Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen ergeben werden; denn der größte Teil der Behinderungen wird im fortgeschrittenen Lebensalter erworben. Außerdem werden auch behinderte Menschen, die schon seit Geburt eine Behinderung aufweisen oder diese in jüngeren Jahren erworben haben, immer älter.

Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen gehört zu den zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hatte gute Gründe, das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ zu erklären. Es ist davon auszugehen, dass es aufgrund des wachenden Anteils älterer und vor allem hochaltriger Menschen in den nächsten Jahren einen steigenden Bedarf an Pflegeleistungen geben wird. Daher ist es unverzichtbar, die Pflegeversicherung neu zu gestalten, und zwar bezogen auf die Inhalte wie auch auf die finanziellen Grundlagen.

Frau Ministerin Steffens muss sich keine Sorgen machen, dass dem Bundesgesundheitsminister dazu der Mut fehlt. Er hat schon häufig genug bewiesen, dass er im Gegensatz zu den Grünen kein Problem mit heißen Eisen hat. Ihm vorzuwerfen, es komme nicht schnell genug zu Ergebnissen, weil er die Beteiligten mit ihren Anliegen ernst nimmt und nichts über deren Kopf entscheiden will, sondern auf intensive Gespräche setzt, ist unglaublich und unfair.

(Beifall von der FDP)

Ausgerechnet diese Ministerin, bei der es menschelt, dass einem schwindelig werden kann, ist der Meinung, es gehe nur um die Umsetzung bereits vorliegender Erkenntnisse und die Neudefinition des Pflegebegriffs. Das offenbart, dass sich hinter den vielen warmen Worten der Ministerin in Wahrheit ein sehr technokratisches Verständnis von pflegerischer Versorgung verbirgt und die viel beschworene Ganzheitlichkeit auf der Strecke bleibt.

(Ministerin Barbara Steffens: Keine Ahnung!)

Es wird in den nächsten Jahren immer wichtiger werden, dass die Bürger vermehrt auf gesundheitsfördernde und präventive Aktivitäten setzen, weil diese dazu beitragen, die Gesundheit oder zumindest die selbstständige Lebensführung über einen längeren Zeitraum zu erhalten. Es geht sowohl um Verhaltens- wie um Verhältnisprävention.

Falls Pflegebedürftigkeit nicht zu verhindern ist, so sollte der Grundsatz „ambulant vor stationär“ aus liberaler Sicht unbedingt Priorität haben, weil dies auch dem Wunsch der Betroffenen entspricht. Trotzdem wird es auch weiterhin Angebote in der stationären Versorgung geben müssen, weil je nach

Schweregrad der Beeinträchtigung die Betreuung nicht immer in Form eines ambulanten Angebots gewährleistet werden kann. Die Zunahme demenzieller Erkrankungen trägt dazu natürlich entscheidend bei.

Wie bereits erwähnt wurde, gibt es im Bereich der neuen Wohnformen Lösungsansätze, bei der die Sicherheit von Heimen mit der größeren Selbstbestimmung des häuslichen Bereichs verbunden wird. Darüber hinaus ist es sinnvoll, wenn sich die Heime und deren organisatorische Abläufe stärker an den Lebensgewohnheiten der Bewohner ausrichten. Anders gesagt: Die bislang noch starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sollten zugunsten individueller und flexibler Formen der Betreuung abgebaut werden.

Die Basis zur Weiterentwicklung in den Pflegeheimen sowie den Heimen für Menschen mit Behinderungen haben wir mit dem Wohn- und Teilhabege-setzt gelegt. Daher klingt es besorgniserregend, wenn Ministerin Steffens erklärt, dass es bei der Umsetzung größere Probleme gibt. Damit sollten wir uns intensiv auseinandersetzen und die Einwände eingehend überprüfen. Als ein Kritikpunkt wurde die immer noch zu große Bürokratie angesprochen, obwohl wir im Gesetz für eine deutliche Verbesserung gesorgt haben.

(Ministerin Barbara Steffens: Haben Sie gedacht!)

Es ist problematisch, schon jetzt auf Defizite hinzuweisen, obwohl noch keine nachvollziehbaren Anhaltspunkte für eine fundierte Bewertung vorliegen.

(Ministerin Barbara Steffens: Doch, liegen schon vor!)

Das kann in den Heimen bei Bewohnern und Pflegekräften zu Verunsicherung führen und dazu beitragen, dass die Unzufriedenheit in der Pflege eher noch größer wird. Gleichzeitig wissen wir, dass es immer schwieriger wird, geeignetes Fachpersonal in ausreichender Zahl zu finden.

Wie wir wissen, geht die Landesregierung von einem Mangel an Ausbildungsplätzen in der Pflege aus und will über ein Ausgleichsverfahren nach § 25 des Altenpflegegesetzes, der sogenannten Ausbildungsumlage, für Abhilfe sorgen. Auch über dieses Thema haben wir in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Bekanntlich muss eine solche Entscheidung gerichtsfest begründet werden. Wir hatten in der Vergangenheit keine Grundlage für einen solchen Schritt. Gleichwohl haben CDU und FDP die Zahl der landesgeförderten Schulplätze in der Altenpflegeausbildung zwischen 2005 und 2011 von 7.200 auf 8.700 erhöht.

Auch der „Aktionsplan Altenpflege 2010“ hat dazu beigetragen, dass weitere Ausbildungsplätze entstehen konnten. Außerdem wurde ein Monitoring eingeführt, um für die Ermittlung des Personalbe-

darfs in der Pflege eine bessere Grundlage zu haben.

Besonders gespannt sind wir darauf, ob das angekündigte Ausgleichsverfahren tatsächlich so unbürokratisch umgesetzt werden soll, wie es angekündigt wurde. Dennoch wird es nicht nur darauf ankommen, die Ausbildungsplatzzahl zu erhöhen, sondern es bedarf weiterer Anstrengungen, um junge Menschen überhaupt für den Beruf in der Pflege zu interessieren und dafür zu sorgen, dass die Fluktuation weiter reduziert wird.

Dazu tragen auch Entwicklungsmöglichkeiten wie etwa die Akademisierung bei. Mit der neuen Fachhochschule für das Gesundheitswesen haben wir in der letzten Legislaturperiode dafür eine der zentralen Weichen gestellt. Auch die Gründung des Gesundheitscampus in Bochum, dessen Mittelpunkt die Fachhochschule bildet, war ein deutlicher Beweis dafür, dass die alte Landesregierung für neue Wege in der Gesundheitsversorgung mehr als offen war.

Alles in allem ist die nordrhein-westfälische Gesundheits-, Pflege- und Seniorenpolitik seit der Regierungsübernahme von Rot-Grün leider durch viele rückwärtsgewandte und ideologische Aktivitäten geprägt, während bei den zentralen Weichenstellungen jede Menge heiße Luft produziert wird. Wir finden, die Bürger in Nordrhein-Westfalen haben etwas Besseres verdient. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Bevor ich den nächsten Redner ans Pult bitte, möchte ich eine Delegation aus dem Bayerischen Landtag begrüßen, ich freue mich sehr. Sehr herzlich willkommen in Nordrhein-Westfalen! Es handelt sich um eine relativ große Gruppe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, die jetzt zu Gast im Landtag von Nordrhein-Westfalen ist. Danke schön und herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns auf den nächsten Redner. Es ist Herr Zimmermann von der Fraktion Die Linke. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir treten bekanntlich dafür ein, dass Gesundheit ein selbstverständlicher und zentraler Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge sein muss. Daher fordern wir ein sozial gerechtes Gesundheitswesen, das allen Menschen ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Situation, ihres gesellschaftlichen Status und ihrer Herkunft die bestmögliche medizinische Versorgung bietet.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Hafke, Ihre Huldigungen an Ihren zukünftigen Parteivorsitzenden ändern nichts daran, dass er mehr oder weniger die Kopfpauschale eingeführt hat, dass unter Schwarz-Gelb und Ihrem Bundesgesundheitsminister die unsocialste Politik im Gesundheitswesen gemacht wurde, die es je in der Bundesrepublik Deutschland gab.

(Beifall von der LINKEN)

Wir erteilen aus diesem Grunde jeder Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung eine deutliche Absage.

(Beifall von der LINKEN)

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein gesellschaftliches und vor allen Dingen individuelles Gut. Insofern hat sich auch unsere Fraktion durchaus gefreut, als wir die wohlfeilen Erläuterungen gelesen haben, dass nicht länger einseitig von „Fällen“, „Strukturen“ und „Systemen“ gesprochen werden soll, sondern dass der Mensch – jeder einzelne Mensch – mit seinen Bedürfnissen gesehen werden soll.

(Beifall von der LINKEN)

Dazu sind die leider immer noch viel zu starr getrennten Säulen der Gesundheitsversorgung, die ambulante und die stationäre Versorgung, optimal auszugestalten, miteinander zu verzahnen und entsprechend zu planen.

Leider warten wir immer noch auf die für Anfang 2011 von Ihnen, Frau Ministerin, versprochenen Eckpunkte zum Haushaltsplan. Ich hoffe, dass das Ministerium diese Eckpunkte bald vorlegen wird, damit wir zumindest mit der Planung einen Schritt nach vorn kommen können. Diese sollte nämlich möglichst bedarfsorientiert ausgestaltet werden.

Die angekündigte Bedarfsorientierung ist leider in dem vorliegenden Einzelplan 15 nicht wirklich erkennbar. Im Wesentlichen handelt es sich trotz vieler Ankündigungen um eine Fortsetzung der alten Politik, aber natürlich mit einem leichten sozialen Anstrich.

Die von Ihnen in den Oppositionszeiten leider im Kern mitgetragene Umstellung der Krankenhausfinanzierung von einer bedarfsorientierten Einzelförderung auf eine fallbezogene Pauschalförderung wird leider genauso fortgesetzt wie der Ausbau des LIGA zu einem Gesundheitsstandort, an dem Gesundheitsprodukte auf ihre kommerzielle Verwertbarkeit ausgerichtet werden sollen.

Weil ich, wie Sie wissen, der Meinung bin, dass die Beschäftigten und ihre Personalvertretungen ihre Interessen viel besser vertreten können als wir hier im Parlament, möchte ich Ihnen jetzt aus einem Brief zitieren, den zahlreiche Betriebs- und Personalräte aus den Krankenhäusern in NRW unterzeichnet haben, darunter auch eine ganze Reihe

von Mitgliedern der SPD. Darin wenden sie sich gegen die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf ein Pauschalsystem, führen aus, was die Folgen dieser Umstellung sind – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Die Krankenhäuser sollen dann, um Bau- und Instandhaltungskosten zu finanzieren, diese Pauschale entweder ansparen oder aber sich bei privaten Banken Kredite holen und mit der Pauschale die Zinsen bezahlen. – Zitat Ende.

Das ist eine versteckte Subventionierung der Banken, gegen die wir uns grundsätzlich wenden.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb haben wir dazu auch einen Änderungsantrag eingebracht, um die Krankenhausfinanzierung komplett von der Pauschalförderung auf die Einzelförderung zurückzufahren. Das ist die einzige Möglichkeit, dem entgegenzuwirken.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden in den nächsten Wochen auch eine Initiative ergreifen, um dieses Vorhaben rechtlich zu untermauern.

(Beifall von der LINKEN)

In dem besagten Schreiben, werte Kolleginnen und Kollegen, der Arbeitnehmervertretungen führen diese weiter aus, dass die Krankenhäuser etwa 130 Jahre sparen müssten, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Diese Einsparungen werden jetzt über eine krankenhauserinterne Umsatzrendite erwirtschaftet.

Jetzt frage ich: Woher kann denn diese Umsatzrendite nur kommen? -Natürlich aus dem operativen Geschäft der Krankenhäuser. Somit muss weiterhin beim Personal gespart werden. Deshalb sind die Beschäftigten und – wie gesagt – auch viele sozialdemokratischen Personal- und Betriebsräte sauer. Ich sage, Sie haben auch recht damit.

(Beifall von der LINKEN)

Insbesondere, wenn das Land NRW sowohl beim Basisfallwert als auch bei der Investitionsquote in die Krankenhäuser nach wie vor im letzten Drittel der Tabelle der Bundesländer steht und der Investitionsstau in den Krankenhäusern immer neue Rekordhöhen von jetzt über 15 Milliarden € erreicht, braucht es ein generelles Umsteuern. Da reicht kein Sonderfonds in Höhe von 3,75 Millionen €, insbesondere auch dann nicht, wenn dieser bislang einseitig an die freigemeinnützigen und privaten Träger fließen soll.

In der Stellungnahme der Krankenhausgesellschaft NRW ist auf Grundlage des Rürup-Gutachtens – der ist wahrlich kein Sympathisant der Linken – klar dargelegt, dass allein die dringend notwendigen Investitionen – so Rürup – der Krankenhäuser etwa 1,1 Milliarden € betragen. Allein für die Baupau-

schale wären das 418 Millionen €. Alle Titel des Haushalts 2011 weisen für den gesamten Bereich aber nur eine Höhe von 496,9 Millionen € aus.

Angesichts dieses immensen Baubedarfs, der als Investition im Übrigen in keiner Weise ein Problem für das Landesverfassungsgericht in Münster wäre, ist unsere Forderung, die wir in einen Antrag gegossen haben, nach einer Erhöhung der Investitionen um 100 Millionen € tatsächlich durchaus moderat.

(Beifall von der LINKEN)

Bis heute fehlen schließlich allein noch 19 Millionen €, damit alle Krankenhäuser wenigstens die Baupauschale erstmalig erhalten. Zudem ist die Kürzung in Höhe von 13 Millionen € im Haushalt 2010 nach wie vor in diesem Haushalt enthalten. Das ist kein Zeichen für einen wirklichen Politikwechsel im Gesundheitsbereich.

Nun möchte ich aber in Bezug auf die Krankenhäuser noch einen Punkt positiv bewerten. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Zuweisungen für Investitionen an die kommunalen Kliniken um mehr als 25 Millionen € – auf Kosten der Zuweisungen an die freigemeinnützigen und privaten Träger – aufgestockt werden. Das ist in der Tat ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er unserer Auffassung nach natürlich viel zu zaghaft und viel zu klein ist.

Aber solange private Kliniken Gewinne aus den Krankenhäusern herausziehen und an die Investoren weiterleiten, bleiben private Krankenhäuser ein Instrument, um Aktienbesitzer durch die Beiträge der Versicherten zu subventionieren. Diese privaten Krankenhäuser gehören alle wieder zurück in kommunales Eigentum.

(Beifall von der LINKEN)

Gut finden wir auch, Frau Ministerin, dass Sie den „Aktionsplan Hygiene“ initiiert haben und diesen mit 1 Million € ausstatten.

Darüber hinaus halten wir allerdings die Prioritätensetzung zumindest für fragwürdig. So sehr wir die eingestellten Gelder für die Bekämpfung von Aids und die Mittel zur Suchtbekämpfung befürworten, so sehr wünschen wir uns auch ein Augenmerk auf eine der häufigsten Todesursachen in Nordrhein-Westfalen, den Krebs.

Anders als in vielen anderen Industrieländern geht die Todesrate bei dieser Krankheit in Deutschland nicht wesentlich zurück. Das hängt auch mit der mangelhaften Ausstattung der entsprechenden Stellen zusammen. Leider sind Sie den Ausbau des Krebsregisters mit den notwendigen Mitteln noch nicht angegangen. Die von Ihnen vor der Wahl versprochenen und von uns beantragten 100.000 € für die Krebsberatungsstellen in unserem Land wollen Sie nun nicht mehr aufbringen.

Es geht doch darum, diese wichtigen Beratungsstellen und ihre Mischfinanzierung, die auch eine ge-

wisse Unabhängigkeit von der Pharmedien sichert, angemessen zu finanzieren. Deshalb ein weiterer Vorschlag: Wenn Sie schon unserem Änderungsantrag nicht zustimmen wollen oder können, dann verschieben Sie doch bitte diese Mittel innerhalb des Kapitels 15 080.

(Beifall von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Bereiche „Pflege und Alter“ eingehen. Auch hier schreiben Sie, dass Sie von den Menschen her denken möchten. Das ist schön gesagt. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Abgesehen von einzelnen marginalen Erhöhungen, die sich insbesondere aus dem erhöhten Bedarf nach Fachkräften und angemessenem Beratungsangebot ergeben, sehen wir keine Veränderung, die wir mit dem Wort „Politikwechsel“ angemessen beschreiben könnten.

(Beifall von der LINKEN)

Nichts zu sehen ist von einer substanziellen Förderung des Aufbaus unabhängiger dezentraler Pflegeberatungsstellen.

Liebe Kolleginnen, insbesondere von SPD und Grünen, im Bereich „Gesundheit, Pflege und Alter“ hätten wir uns etwas mehr gewünscht, aber wir sehen, dass Sie den eigenen Ansprüchen leider nur in kleinen Dosen nachkommen. Es ist Ihre Verantwortung, den versprochenen Politikwechsel, den Sie im Wahlkampf auch propagiert haben, endlich einzuläuten. Dazu gehört eine vernünftige Ausfinanzierung von Krankenhäusern, ein angemessenes dezentrales Beratungsangebot und eine gute und nicht profitorientierte Verzahnung mit der ambulanten Ebene.

(Beifall von der LINKEN)

In diesem Sinne sind wir sehr gespannt, wie Sie sich zu den aktuellen Plänen des Bundesgesundheitsministers verhalten und wie der Krankenhausplan aussehen wird. Wir werden uns auf jeden Fall weiterhin intensiv mit den Beschäftigten sowie den Patientenvertretern zusammensetzen und weiterhin dafür sorgen, dass ein Politikwechsel entsteht. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht zum Teilbereich „Gesundheit, Pflege und Alter“ im Einzelplan 15 Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kleff und Herr Hafke, ich finde es schade, dass Sie sich in den letzten Monaten als Opposition so wenig mit dem beschäftigt haben, was in diesem Land passiert ist, und sich

mit dem, was die Menschen in diesem Land mit mir als Ministerin, aber auch an anderen Stellen diskutieren, so wenig auseinandergesetzt haben. Aber ich werde es Ihnen an verschiedenen Beispielen noch mal klar und deutlich machen.

Das, was zu Ihrer Abwahl geführt hat, dass Sie Politik völlig an den Menschen im Land vorbei gemacht haben, hat sich bis heute nicht geändert. Das ist deutlich geworden und betrifft ganz viele Punkte. Das werde ich Ihnen gleich im Detail aufzeigen.

(Beifall von den GRÜNEN und von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Ich will mit der Frage einsteigen, die eben mehrmals aufgeworfen worden ist: Was ist mit der Bundesebene und mit dem Versorgungsgesetz? Ich glaube, Sie haben gefordert, ich solle irgendetwas nicht blockieren.

Eines der großen Probleme, vor denen wir im Moment im Gesundheitsbereich stehen, ist, dass nach wie vor zwei verschiedene Systeme nebeneinander existieren: das stationäre System, für das wir als Länder in der stationären Krankenhausplanung verantwortlich sind, und das ambulante System, das auf Bundesebene diskutiert wird und bei dem im G-BA sehr viele Entscheidungen getroffen werden.

Deswegen haben alle 16 Länder übereinstimmend gefordert: Lieber Bundesgesundheitsminister, bei der Planung der beiden Ebenen wollen wir als Länder zwar nicht entscheiden, was im ambulanten Bereich passiert, aber wir wollen gemeinsam mit der Bundesebene diskutieren: Wie können wir diese Bereiche vernetzt miteinander planen? Denn wir werden es uns in ganz Deutschland nicht leisten können, auf der einen Seite einen stationären und auf der anderen Seite einen ambulanten Sektor zu planen. Wir müssen diese Sektoren verschränkt denken. Aber wenn wir die Sektoren verschränkt denken müssen, müssen wir als Länder die Frage „Was passiert im ambulanten Bereich?“ mitdiskutieren können. Wir müssen nichts entscheiden; wir müssen nur darüber reden können. Deswegen haben wir das gefordert.

In der Sitzung haben 16 Länder etwas gefordert. Da sitzt ein Bundesgesundheitsminister und sagt an der einen oder anderen Stelle: „Das geht nun gar nicht“. Ein Beispiel: Die Länder sollen zwar im G-BA auf Bundesebene bei der Bedarfsplanung mitreden, aber bei der Qualitätssicherung – ein Punkt, zu dem Sie mir alle Zuschriften schreiben mit Fragen wie „Was ist mit den Fallzahlen im Bereich der Neonatologie in meinem örtlichen Krankenhaus?“ – sollen wir als Länder auf Bundesebene nichts sagen dürfen?!

Lieber G-BA, setzt euch mal damit auseinander! Ist 30 die richtige Zahl? Brauchen wir Ausnahmeregelungen für die hochspezialisierten Krankenhäuser, die einen anderen Schwerpunkt haben?

Wir sollen bei der Qualitätssicherung als Länder nicht gehört werden dürfen. Da hört für mich der Spaß auf, weil genau dieses Feld in unserer Verantwortung als Land liegt. Wir müssen deshalb über Bedarfsplanung und über Qualität reden dürfen. Es geht nicht, dass wir als Länder an einer bestimmten Stelle, an der wir den Sicherstellungsauftrag haben, nicht gemeinsam mit der Bundesebene sollen diskutieren dürfen. Wir wollen nicht entscheiden, wir wollen diskutieren.

Deswegen habe ich im Interesse von Nordrhein-Westfalen gesagt: Nein, entweder werden wir wenigstens in die Verantwortung mit hineingenommen, gehört zu werden und Anträge stellen zu dürfen, oder es geht nicht.

Ein zweiter Punkt: Wenn man wirklich will, dass sich die Länder beteiligen dürfen, kann man keine Beschränkung auf einen, vielleicht mal zwei Vertreter vornehmen. Vielmehr muss man die Länder wirklich mit einbeziehen. Auch da hört es für mich auf.

Aber hinsichtlich vieler anderer Punkte war diese Veranstaltung nicht vergnügungssteuerpflichtig. Wenn die Länder versuchen, sich auf gleicher Augenhöhe mit dem Bundesgesundheitsminister zu verständigen, und der schon an vielen Stellen ankündigt: „Aber das holen die Bundestagsfraktionen wahrscheinlich wieder zurück“, oder: „Hier kann ich aber nichts zusagen“, ist das nicht verhandlungstreu, sondern er muss sich die Kompetenzen vorher bei den Fraktionen einholen.

Von daher habe nicht ich etwas blockiert, sondern der Gesundheitsminister.

Das Spiel geht jetzt weiter, weil die Gespräche zwischen Bund und Ländern fortgesetzt werden, um zu schauen, ob es gelingt, ein System zu bekommen, wo Land und Bund Hand in Hand gemeinsam diskutieren können, um im Interesse der Menschen eine verschränkte Versorgungsplanung vor Ort zu haben.

Da kann ich direkt an den Krankenhausplan Nordrhein-Westfalen anknüpfen. Ich wäre froh, wenn wir diese Entscheidung auf Bundesebene endlich hätten, damit wir wissen, über was wir reden. Welche Planung können wir verschränkt diskutieren?

Sie können mir glauben, Herr Kleff, die Diskussionen über den Krankenhausrahmenplan finden nicht in erster Linie hier, sondern im Krankenhausausschuss und mit den beteiligten Akteuren im System statt. Wenn Sie sich da mal umgehört hätten, wüssten Sie, dass die Diskussionen derzeit stattfinden und dass man genau darüber redet: Wo müssen wir die Spezialisierung auf Landesebene aufrechterhalten und wo müssen wir sie nicht aufrechterhalten, sondern können das im Sinne eines Rahmenplans machen?

Also: Wir sind an dieser Stelle sehr viel weiter, als Sie meinen. Wir sind auch in den Diskussionen

schon weit. Ich finde es schon lächerlich, dass Sie, wenn ich sage, der Krankenhausrahmenplan wird in diesem Jahr kommen, wir werden versuchen, ihn im Frühjahr vorzulegen, die Eckpunkte werden vor der Sommerpause mit Sicherheit auf dem Tisch sein, direkt fragen: Wo bleibt das denn? Karl-Josef Laumann hat regelmäßig fünf Jahre lang angekündigt, es kommt was. Wenn man dann dahinterschaut, was in den fünf Jahren passiert ist, und feststellt, nichts ist geschehen, sodass man bei null anfangen muss, finde ich das schon anmaßend.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie nach der Sommerpause mal nachfragen, fände ich das völlig okay. Aber Sie können sicher sein – das habe ich auch in der letzten Ausschusssitzung gesagt –, dass ich mit Hochdruck daran arbeite.

Und ich habe auch Ihnen gesagt, dass wir genau die Frage „Wo müssen wir ambulant und stationär verschränkt denken und verschränkt planen?“ im Moment gemeinsam mit den Akteuren im System diskutieren. Die sind sogar bereit, in Nordrhein-Westfalen verschränkte Diskussionen über die unterschiedlichen Sektoren mit uns zu führen, selbst wenn der Bundesgesundheitsminister das nicht zulässt, weil wir mittlerweile im Gesundheitssektor in Nordrhein-Westfalen einen Konsens haben. Auch das bedeutet, dass es viele Gespräche und Diskussionen gegeben hat und man ein Stück weiter ist. – Sie hingegen werfen mir ganz pauschal vor, sehr vieles würde nicht passieren.

Sie haben schon wieder denselben Fehler gemacht wie beim letzten Mal, dass Sie bei der Organspende auf falsche Zahlen verweisen. Herr Kleff, ich habe Ihnen schon mal gesagt: Fragen Sie mich doch nach den richtigen Zahlen! – Nein, die Zahl der Organspender ist nicht gesunken, sondern gestiegen. Wir haben mehr Spender als vorher. Sie haben wieder nur auf irgendeinen Monat geblickt.

Ja, im Februar waren die Zahlen rückläufig – da waren es nur 17 –, dafür waren es im Januar und im März mehr. Die Zahlen sind gestiegen, sie sind sogar gegenüber den Jahren davor gestiegen. Wir haben eine durchschnittliche Fallzahl, die viel höher liegt als sonst im Jahresdurchschnitt. Also, bitte schön, halten Sie den Ball flach.

(Hubert Kleff [CDU]: Tun Sie doch mal was!)

– Wir tun die ganze Zeit etwas dafür. Herr Kleff, Sie beschäftigen sich nur nicht damit. Sie verkünden immer wieder gebetsmühlenartig, dass die Landesgesundheitsministerin nichts tut. Das stimmt überhaupt nicht. Es gibt in etlichen Interviews, etlichen Stellungnahmen und etlichen öffentlichen Auftritten, wo Sie nicht sind, den Aufruf, dass wir etwas tun müssen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass man ganz grundlegend an den Ängsten der Menschen etwas tun muss. Deswegen habe ich an vielen Stellen, auch auf Bundesebene, gefordert, dass

man über eine Registerlösung nachdenkt, die mittlerweile auch von CDU-Leuten auf Bundesebene aufgegriffen worden ist.

Sie können mir glauben, ich tue mehr an der Stelle, als Sie jemals von Ihrem ehemaligen Gesundheitsminister wahrgenommen haben, weit mehr als Sie wahrgenommen haben. Von daher: Machen Sie sich hier nicht lächerlich und argumentieren Sie nicht jedes Mal mit falschen Zahlen. Die Zahlen steigen. Das allein zählt für die Menschen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zu noch einem Vorwurf, den Sie in den Raum gestellt haben: Sie haben mir vorgeworfen, ich wäre mal gegen die Krankenhausfinanzierung gewesen. – Ja, ich war gegen die Pauschale. Ich kann der Fraktion Die Linke nur sagen: Ja, die Umstellung damals war falsch, weil ich eine dermaßen geringe Pauschale nach wie vor für ein Problem halte.

Aber, Herr Kleff – ich glaube, Sie müssen in Ihrer Denkweise versuchen, ein Stück weiter mitzugehen –, ich habe eine Verantwortung als Gesundheitsministerin. Die Menschen in diesem Land, die für die Krankenhäuser Verantwortung tragen, haben auf Ihrem System basierend, das nicht mein System war, angefangen zu planen. Ich kann die Uhr nicht zurückdrehen. Es gibt Krankenhäuser, die auf der Grundlage Ihrer Pauschale Kredite aufgenommen haben. Ich kann sie nicht im Regen stehen lassen, sondern ich muss das System fortsetzen.

Auf der anderen Seite wäre es natürlich wichtig – insofern ist der Antrag von den Linken schön – viel mehr Geld in das System zu investieren, aber dann müssen Sie schon überlegen, was Sie wollen. Wollen Sie, dass ich mehr Geld in die Krankenhausfinanzierung reintue, dass mehr Schulden gemacht werden, um in den Krankenhaussektor zu investieren? – Dann stellen Sie den Antrag oder stimmen Sie dem Antrag der Linken zu, dann werde ich es umsetzen.

(Beifall von der LINKEN – Bärbel Beuermann
[LINKE]: Genau!)

Aber ich sehe das Geld an der Stelle nicht. Auch das habe ich den Krankenhäusern klar gesagt, dass es nicht mehr gibt.

Also, Verlässlichkeit ja, aber Verlässlichkeit bedeutet nicht, dass ich von der Kritik, die ich damals geäußert habe, auch nur einen einzigen Millimeter Abstand nehme, weil eine Pauschale nur dann sinnvoll und gut ist, wenn sie auch inhaltlich ausreichend ausgefüllt ist und wenn sie letztendlich für alle umsetzbar ist.

Herr Hafke, Sie haben mir in puncto Pflege vorgeworfen, es würde auch in dem Bereich nichts passieren und ich würde wieder nur Herrn Rösler kritisieren.

Herr Hafke, Sie können mir glauben, wenn ich jemanden kritisiere, dann tue ich das nur dann, wenn ich meine Hausaufgaben selbst erledigt habe. In Nordrhein-Westfalen haben wir die Arbeitsgruppe nach § 17 Wohn- und Teilhabegesetz, die in dem Gesetz damals von Ihnen verankert worden ist, auch mal wirklich ins Leben gerufen. Wir sitzen mit allen Akteuren am Tisch, und die Kritik an dem WTG kommt nicht allein von mir, sondern von allen Akteuren, die in der Runde gesessen haben.

Sie haben an diesem Gesetz Kritik geübt. Das Gesetz funktioniert in der Praxis nicht. Es stimmt zwar, dass von Laumann schöne Worte wie Bürokratieabbau und sonstige verkündet worden sind, aber in der Praxis ist Bürokratie aufgebaut worden. Deswegen gehen wir das mit den Akteuren Punkt für Punkt durch und prüfen, wo wir Bürokratie wirklich abbauen können.

Aber auch das, was Sie wollen, nämlich neue Wohnformen – andere Modelle für das Wohnen im Alter –, wird behindert. Diese kommen nicht mehr zustande. Wir finden keine Investoren mehr. Und warum? – Weil die Investoren beim Planen nicht wissen, ob sie unter das Wohn- und Teilhabegesetz fallen, das heißt, ob sie hinterher ein Heim sind oder ob sie keins sind. Aber eine Wohngemeinschaft zu machen, die hinterher ein Heim ist, bedeutet, dass man ganz andere Auflagen erfüllen muss. Eine Wohngemeinschaft unter den Regeln des WTG ist nicht möglich und auch nicht finanzierbar. Also müssen wir dieses Gesetz novellieren! Das mache ich, aber mit den Akteuren zusammen. Dieser Prozess läuft.

Zu vielen anderen Punkten, wo immer wieder Vorwürfe im Raum standen, man würde nichts tun, man würde es falsch machen, entgegne ich: Doch, wir tun es, und zwar gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren. Wir sind dabei, das Landespflegegesetz zu evaluieren, was daran umgesetzt und verändert werden muss, und das ist viel, was verändert werden muss.

Also, alles das, was kein Geld kostet, was in diesem Haushalt steht, sind wir angegangen – wir haben es angepackt –, und alles das, wofür wir Geld brauchen, werden wir machen, sobald wir diesen Haushalt beschlossen haben. Wenn Sie viele der Punkte, die Ihnen am Herzen liegen, noch wollen, dann müssen Sie einfach diesem Haushaltsplan schnell zustimmen.

Sie haben sich auf der einen Seite aufgeregt und beschwert, dass wir im Bereich Drogen und Sucht mehr Geld in den Haushalt einstellen. Auf der anderen Seite sagen Sie aber, die Fallzahlen im Maßregelvollzug sind wegen der Drogenfälle zu viele geworden. Dann müssen Sie sich überlegen, was Sie wollen. Mehr Geld in die Prävention oder mehr Geld hinterher in die Maßnahmen? – Natürlich muss ich in der Drogen- und Suchtpolitik einen präventiven Ansatz fahren, damit ich am Ende nicht nur in der

Drogen- und Suchtpolitik, sondern auch im Maßregelvollzug, bezogen auf diese Fallgruppe, die Fallzahlen reduzieren kann.

Sie haben auch bezüglich vieler anderer Punkte gefragt, was dahinter steht und was kommen wird. Die Redezeit möchte ich nicht weiter ausschöpfen, weil es schon spät ist.

Ich möchte Ihnen nur noch einen Satz sagen: Masterplan Quartier – ja, wir wollen die Quartiere mit den Kommunen gemeinsam entwickeln. Wir sind aber schon auf dem Weg. Und es ist kein Widerspruch zu dem, was bezogen auf Inklusion in Nordrhein-Westfalen läuft. Die Quartiere müssen altersgerecht entwickelt werden, damit man bis zum Ende seines Lebens auch in seinem Wohnumfeld leben kann. Dafür können wir keine Modelle machen, sondern das müssen wir jetzt endlich überall im Land umsetzen. Dazu wollen wir uns gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg machen. Wir wollen das umsetzen, damit die Menschen auch im Alter selbstbestimmt leben können.

Nun zum allerletzten Punkt, den mir nicht nur Herr Kleff vorgeworfen hat. Sie sagen, das würde immer so menschen. Zu diesem menschlichen System möchte ich Ihnen zwei Beispiele nennen, warum Menschlichkeit in diesem System wichtig ist und warum es keine Sprechblase ist. Zwei Beispiele, die kein großes Geld kosten:

Erstens. Mit dem Modellprojekt in Münster ist nachgewiesen, dass man die Fallzahl derjenigen Betroffenen im Krankenhausbereich mit einem postoperativen Delir – das sind diejenigen, die nach der Operation verwirrt sind und unter Umständen direkt in der stationären Altenpflege landen, nicht aber selbstbestimmt wieder in ihre Häuslichkeit zurückkommen können – von 40 bis 60 % zurückfahren kann auf 6,2 %. Das heißt, den Menschen Elend ersparen und Kosten im System sparen. Das ist menschliches System, ganz hautnah.

Zweitens. Diejenigen, die als ältere Patienten eigentlich ins Krankenhaus eingeliefert würden, zum Beispiel mit einer Dehydrierung, werden nicht eingeliefert, weil wir ein ganz anderes System haben, in dem sie, bevor der Krankenhausaufenthalt kommt, ambulant, in einem Netzwerk zwischen Krankenhaus und ambulanter Versorgungsstruktur, versorgt werden, sodass der stationäre Aufenthalt verhindert wird. Das verhindert Unmenschlichkeit, weil die Patienten hinterher nicht in der stationären Pflege landen. Und es spart letztendlich Geld im System.

Das sind nur zwei Beispiele. Diesen Beispielen müssen wir in der Fläche folgen. Das sind nur zwei. Wir können viele andere benennen. Ich glaube, dass nicht alles, was mehr Menschlichkeit bedeutet, schwierig ist und Kosten verursacht.

Man muss aber hingucken, was geht, und muss vom Menschen her denken und nicht von den Abläufen und den Strukturen her, die bisher vorgeben,

dass jeder, der dehydriert ist, in ein Krankenhaus kommen muss, und dass jeder, der altersverwirrt ist, der ins Krankenhaus kommt, nicht gleichzeitig noch anders betreut wird. Wir müssen hinter das System gucken, damit wir es menschlicher aufstellen können.

Sie können mir glauben: Das ist keine Sprechblase. Jeder Schritt, der von einem Krankenhaus übernommen wird, jeder Schritt, bei dem die Überleitung zwischen Krankenhaus und Pflege gelingt, ist ein Schritt in Richtung mehr Menschlichkeit. Und dafür stehe ich. Und das werde ich an jeder Stelle weiter umsetzen in Nordrhein-Westfalen. Ich bin froh, dass dieser Haushaltsplan einer ist, der uns in der Umsetzung dieser Zielsetzung weiter bestärken kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Kollege Kleff zu Wort gemeldet.

Hubert Kleff (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Steffens, es gibt eine Menge Übereinstimmung, beispielsweise auch, wenn Sie eben die Schnittstellen zwischen stationär und ambulant angeführt haben. Ich bin mit Ihnen einer Meinung: Die müssen weg. Das ist Nummer eins.

Wenn Sie aber als Land im G-BA, in einem Ausschuss, der heute schon nicht funktioniert, noch fünf Sitze haben möchten, wie Sie es beispielsweise beim BKK-Landesverband erklärt haben: Meinen Sie, dieser Ausschuss würde funktionsfähiger, wenn da die Parteien der Länder vertreten sind?

(Ministerin Barbara Steffens: Das wollen alle Länder!)

Ich kann es mir nicht vorstellen. Das halte ich für keine gute Lösung.

(Ministerin Barbara Steffens: Das ist eine Forderung aller Länder!)

Sie haben auch hier nichts zur Stimmenthaltung gesagt.

(Ministerin Barbara Steffens: Habe ich doch, lesen Sie es im Protokoll nach!)

– Nein, haben Sie nicht gesagt. Das Wort Stimmenthaltung habe ich von Ihnen hier nicht gehört; ich habe nicht gehört, dass sie das begründet haben.

(Zurufe von der SPD)

Dann zur Krankenhausplanung: Es ist richtig, dass wir darauf warten. Aber es geht hier doch nicht um den Bund, es geht um Ihre Zusage. Sie haben zunächst im Ausschuss gesagt, als Sie Ihr Regierungshandeln vorgestellt haben, im Frühjahr werde der Krankenhausplan oder zumindest würden die

Eckpunkte vorgelegt – im Frühjahr. Ich habe in der letzten Ausschusssitzung nachgefragt. Da haben Sie wörtlich gesagt: In Bälde – was das auch immer heißt. Ich weiß es nicht. Das habe ich eben ange-mahnt. Darum geht es.

(Günter Garbrecht [SPD]: Sie haben nachgefragt, da war noch gar kein Frühjahr!)

Zur Krankenhauspauschale kann ich nur sagen: Ich spreche mit vielen Krankenhäusern, mit Verwaltungsleitern. Die Krankenhauspauschale wird von den Krankenhäusern begrüßt.

(Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Ja, von einigen Verbandsleitern! – Ministerin Barbara Steffens: Aber nicht in dieser Höhe!)

– “Aber nicht in der Höhe“ – jetzt hören Sie aber mit diesen Behauptungen auf!

Sie haben beispielsweise eben erklärt, dass Sie doch schon all das vorangetrieben hätten, was kein Geld koste. – Dann frage ich mich: Warum sind wir dann in Sachen Nichtraucherschutz noch nicht weiter? Das Papier seitens Ihres Ministeriums, die Evaluation, liegt schon lange auf dem Tisch.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es hat lange gedauert, bis es in den Ausschuss kam. Aber es passiert nichts. Das hängt doch damit zusammen, dass Sie nicht übereinkommen ...

(Ministerin Barbara Steffens: Wir haben ein Verfahren beschlossen!)

– Was für ein Verfahren? Auf jeden Fall ist bis jetzt nichts passiert. Sie sind doch erst aktiv geworden, als wir im Ausschuss gesagt haben, wo wir uns bewegen wollen. Von den Regierungsfractionen ist nichts gekommen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wir haben eine Verabredung getroffen!)

Als Letztes zu dem Menschlichen: Es ist keiner hier im Saal – Sie können uns das nicht unterstellen –, der gegen eine menschliche Gesundheitspolitik ist. Das begrüßen wir doch. Sie kennen auch das Spahn-Papier, in dem Herr Spahn klipp und klar gesagt hat: Wir müssen vom Menschen aus denken, nicht aus den Strukturen heraus, die wir haben. Sie müssen weg. Wir müssen die Bedarfe sehen. Wir müssen sehen, was die Menschen für Bedarfe haben. Daran müssen wir uns ausrichten. Insoweit gibt es da große Übereinstimmung.

Was wir nur vermissen, ist, dass Sie bei jedem öffentlichen Auftritt diese Menschlichkeit propagieren, aber bis jetzt in der Richtung noch nichts Erkennbares auf den Tisch gekommen ist.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Kleff. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Gebhard zu Wort gemeldet.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin begeistert davon, wie viel Übereinstimmung hier in den Zielen beschworen wird. Nach meiner Wahrnehmung aber wird krampfhaft nach irgendwelchen Dingen gesucht, um doch noch ein Haar in der Suppe zu finden.

Kommen wir zum Punkt Baupauschale. Die Ministerin hat vorhin deutlich Position bezogen. In der Tat, ich habe auch zu denjenigen gehört – und davon habe ich kein Wort zurückzunehmen –, die sagen, dass die Umstellung auf die Baupauschale ein Fehler war. Es hat sich auch bestätigt, dass die Summen, die die kleinen Krankenhäuser zum Teil erhalten, so gering sind, dass sie Jahrzehnte ansparen müssen, bis sie die Summen tatsächlich nutzen können.

Es hat sich auch bewahrheitet, dass die Banken nicht bereit sind, die Baupauschale als Sicherheit zu nehmen, um damit die Kredite zu finanzieren. Sie können sie nur für Sondertilgung nutzen, aber nicht für Kredite.

Umgekehrt ist in der Tat auch richtig: Wenn ich 400 Krankenhäusern mitteile, wir stellen das System wieder um – dass wir dazu ein Gesetzgebungsverfahren bräuchten, ist auch klar; das könnte man nicht in der Haushaltsberatung hier machen –, wir sammeln jetzt bei euch wieder Geld ein, um es dann gezielt zu verteilen, dann funktioniert das auch nicht. Dem muss man Rechnung tragen.

Da ist es in der Tat eine sehr verantwortungsvolle Politik, wenn gesagt wird: Nein, wir stellen das jetzt nicht wieder vom Kopf auf die Füße, sondern wir akzeptieren diese Umstrukturierung. Aber wir nehmen gleichwohl einen separaten Topf in die Hand – das haben wir in der letzten Legislaturperiode immer gefordert: einen Feuerwehrtopf für diejenigen, die in Not sind –, um mit Blick auf die Versorgungssicherheit gezielt zu helfen. Für einen Extratopf ist jetzt in der Tat eine Struktur geschaffen worden. Ich glaube, das ist eine sehr verantwortliche Politik, mit der wir auch verantwortlich umgehen müssen.

Folgendes ist wohl auch mehr als deutlich geworden: Wenn man eine ordentliche Krankenhausplanung machen will, braucht man eine ordentliche Datengrundlage. Wir müssen feststellen, dass zu dem Zeitpunkt, als wir das Ganze übernommen haben, die Datenlage sehr mangelhaft war und infolgedessen diese Daten erst beschafft werden müssen. Das ist jetzt auf einem guten Wege.

Außerdem braucht man natürlich Klarheit: Wie weit geht denn unsere Gestaltungsmöglichkeit? Können wir das, was wir offenbar alle hier miteinander fordern, nämlich die Grenzen vom Stationären zum

Ambulanten zu überwinden, mit in die Planung einbeziehen oder nicht? – Genau das ist die Auseinandersetzung, die wir jetzt auf Bundesebene führen.

Sollen wir vor diesem Hintergrund erst einmal vorwegplanen, ohne das Ambulante mit einzubeziehen, anschließend abwarten, bis sie in Berlin so weit sind, und dann, wenn sie in Berlin so weit sind, plötzlich umschwenken? Das wäre doch eine Verschleuderung von Ressourcen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt eingehen. Herr Kleff, ich habe Ihre Einlassung zum Schluss zum G-BA nicht verstanden –

(Ministerin Barbara Steffens: Ich auch nicht!)

einfach deshalb nicht, weil es die einhellige Forderung aller Bundesländer ist, nicht nur Nordrhein-Westfalens, dass die Länder im G-BA beteiligt werden. Man kann darüber reden, mit wie vielen Leuten und in welcher Form. Es geht auch nicht um das Stimmrecht, sondern darum, mitreden und Aspekte einbringen zu können, die die Länder besser berücksichtigen können, weil sie einfach näher dran sind. Darum geht es. Darüber waren sich alle Länder einig. Warum Sie jetzt hier ausscheren wollen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Zuruf von Hubert Kleff [CDU] – Gegenruf von Ministerin Barbara Steffens: Ja, es waren alle!)

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung zum Nichtraucherschutz. Sie haben doch in diesem Hause ein Gesetz durchgebracht, das zwar den Titel „Nichtraucherschutzgesetz“ trägt, bei dem man aber an manchen Stellen daran zweifeln kann, ob es dem auch entspricht. In der Ausschusssitzung am 23. März 2011 haben wir bei der Diskussion des Berichts der Landesregierung eindeutig festgestellt, dass es hier großen Nachbesserungsbedarf gibt.

Im Gesetz steht, wann es evaluiert werden soll. Die Ministerin hat die Evaluation sogar schon ein Stück weit vorgezogen. Wir haben jetzt im Ausschuss miteinander vereinbart, wie wir damit umgehen, nachdem wir in der ersten Runde festgestellt haben: Ja-wohl, insbesondere beim Kinder- und Jugendschutz besteht deutlicher Verbesserungsbedarf.

Ich will die Punkte hier nicht alle aufzählen, weil wir die Diskussion aus dem Ausschuss an dieser Stelle meines Erachtens nicht wiederholen müssen. Wir haben aber vereinbart, dass wir uns in der Obleuterunde zusammensetzen und einmal miteinander ausloten, wo wir uns gemeinsam auf den Weg begeben können; denn wir sind uns doch alle darin einig, dass dieses Thema stark emotionalisiert ist und dass es klug ist, wenn wir im Interesse des Ziels, nämlich des Gesundheitsschutzes für den Menschen, des Nichtraucherschutzes, tätig werden

wollen, dies möglichst auf einer breiten gemeinsamen Grundlage zu tun.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Dazu sind wir bereit. Ich lade Sie herzlich ein, diesen Weg mit uns zu gehen, anstatt hier plötzlich wieder von dem abzuweichen, von dem ich glaubte, dass wir es in der letzten Ausschusssitzung schon längst erreicht hatten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Gebhard, ich hatte noch eine Zwischenfrage von Herrn Kleff.

Heike Gebhard (SPD): Ja, von Herrn Kleff immer, klar.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Kleff, Sie müssen sich bitte noch einmal eindrücken. Bitte sehr.

Hubert Kleff (CDU): Schönen Dank, Frau Gebhard. – Auch beim Nichtraucherschutzgesetz gilt doch: Wenn man etwas ehrgeiziger drangeht wäre, hätte man heute schon weiter sein können. Sie haben in der Landesregierung bei der Rückabwicklung im Schulbereich doch gezeigt, wie es geht, wenn man will. Dort geht alles. Hier beim Nichtraucherschutz scheint es aber doch innerhalb der Regierungsfractionen Probleme zu geben. Oder sehen Sie das anders?

Heike Gebhard (SPD): Ich kann kein Problem erkennen. Sie müssten die mir schon benennen.

Dann sagen Sie mir bitte auch einmal: Wie möchten Sie es denn verändert haben? Was hätten Sie denn gerne gehabt? Geht es Ihnen nur darum, dass ein Gesetzentwurf eingebracht wird? Oder geht es Ihnen um konkrete Inhalte? In diesem Fall nennen Sie uns die Inhalte. Dann setzen wir uns damit auseinander.

Ansonsten kann ich Sie, wie gesagt, nur noch einmal einladen. Lassen Sie uns miteinander diskutieren, wie wir das zum Beispiel in allen öffentlichen Einrichtungen handhaben. Wie ist es beispielsweise mit Brauchtumsveranstaltungen in den Schulen, bei denen plötzlich doch geraucht wird? Über solche Punkte können wir ganz konkret reden. Ich bin sicher, dass wir dann eine Einigung hinbekommen werden. Da brauchen wir uns auch nicht um das Datum zu streiten. Lieber am Ende ein gutes Werk als ein Schnellschuss, der dann keine Mehrheit findet!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Gebhard. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Nur zwei Sätze, Herr Kleff! Punkt 1: Warum habe ich am Anfang gesagt, dass ich den Krankenhausplan so schnell wie möglich vorlege? Weil ich einen Fehler gemacht habe. Ich habe Karl-Josef Laumann geglaubt, als er gesagt hat, der Krankenhausplan sei kurz vor der Fertigstellung. Das war er aber nicht, als ich das Amt übernommen habe. Vielmehr war zwei Jahre lang letztendlich nichts passiert.

(Beifall von der SPD und von Matthi Bolte [GRÜNE])

Punkt 2: Warum fünf Vertreter? Es ist eine gemeinsame Forderung aller Bundesländer, fünf Vertreter in den G-BA zu bekommen. Das ist nämlich auch die Zahl der Patientenvertreter. Die Länder haben gesagt: Eigentlich sollten wir von der Anzahl derjenigen, die da sitzen, genauso viele sein wie die Patientenvertreter und -vertreterinnen. – Dann kommt immer dazu, dass man auch „großes Land, kleines Land, A-Land, B-Land“ berücksichtigen muss. Sie wissen ja, wie das in Ihrer eigenen Fraktion ist. Es ist leichter, die ganzen unterschiedlichen Bedarfe dann bei fünf Leuten abgedeckt zu bekommen. Deswegen die fünf! Es bestand bei allen Konsens, dass wir diese fünf haben wollen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin.

(Hubert Kleff [CDU]: Was ist mit Stimmenthaltungen? – Gegenruf von Ministerin Barbara Steffens: Das habe ich Ihnen eben erklärt! Sie können es im Protokoll nachlesen!)

Da zu diesem Teilbereich keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum

Teilbereich Emanzipation

Die Debatte eröffnet für die Fraktion der CDU Frau Milz.

Andrea Milz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen 2011 im Teilbereich Emanzipation sind ein Beweis dafür, wie man Wahlgeschenke auf Pump und auf Kosten der nachwachsenden Generationen finanzieren will. Wir haben zwei teure Projekte, die dazu beitragen, die Schuldenlast zu erhöhen. Auch wenn solche Vorhaben durchaus wünschenswert sind,

sind sie nicht realisierbar, wenn der finanzielle Spielraum so eng ist. Schuldenmachen hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun.

(Beifall von der CDU)

So sind für die Wiedereinführung der Regionalstellen Frau und Beruf 5 Millionen € und für die Wiedereinführung der vierten Stelle in den Frauenhäusern 4 Millionen € eingestellt. Beide Vorhaben sind von unserer Vorgängerregierung aufgrund von Sparzwängen eingestellt worden sind.

Die Regionalstellen waren Ende der 80er-Jahre entstanden, weil man damals den gleichstellungspolitischen Aspekten in der Arbeitswelt sowie in Wirtschafts- und Bildungspolitik zu wenig Beachtung schenkte. Inzwischen haben aber Ansätze zur Umsetzung von Chancengleichheit zunehmend Eingang in alle Themenfelder gefunden, die für Frauen bedeutsam sind. In diesem Bereich hatten die Regionalstellen Erfolge. Dennoch glaube ich nicht, dass die Wiedereinführung heute notwendig ist, da es durch viele andere Vorgaben, Instrumente und Anreize die Möglichkeit gibt, Chancengleichheit zu fördern.

(Beifall von der CDU)

Auch bei den Frauenhäusern halten wir die Aufstockung der Stellen nicht für gerechtfertigt, da eine personelle Grundausrüstung von drei Stellen ausreichend ist. Hier weise ich ebenfalls auf viel gute Arbeit hin, die in Zeiten guter Kassen finanziert, aber nicht ausgebaut werden soll. Wenn ich überlege, dass Sie 9 Millionen € mehr ausgeben wollen, hätte ich vier Vorschläge als Alternative, die Sie für 2,5 % dieser Summe haben könnten: Von uns vorgeschlagen wurde der Preis für Managerinnen.

(Ministerin Barbara Steffens: Ooh!)

Den können Sie mit 20.000 € ansetzen. Wir haben ein Mentoringprogramm vorgeschlagen in Höhe von 30.000 €. Dazu würde ich Ihnen empfehlen, auch den FrauenMediaTurm weiter zu finanzieren, wofür sich Alice Schwarzer sehr bemüht. Das ist für 70.000 € zu haben. Wenn Sie dann anerkennen, dass in der Region Köln/Bonn vielleicht tatsächlich ein weiteres Frauenhaus gebraucht würde, und Sie das mit 100.000 € ansetzen, dann hätten Sie 220.000 € im Vergleich zu 9 Millionen €, womit Sie einiges bewegen können.

Wenn Sie also als Regierungsfractionen hier heute neue Schulden für verzichtbare Vorhaben beschließen, dann tun Sie dies bitte ohne mich und ohne die CDU. – Danke.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Ministerin Barbara Steffens: Das tun wir gerne!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Milz. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kieninger.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Frau Milz, dass wir da völlig anderer Ansicht sind, werden Sie sicherlich wissen, sonst hätten wir auch nicht einen solchen Haushaltsentwurf vorgelegt. Ihre Symbolpolitik – das habe ich schon einmal erklärt –, wird uns an der Stelle nicht weiterhelfen.

Mit dem Haushalt 2011 im Bereich „Frauen, Gleichstellung und Emanzipation“ werden die Weichen wieder in die richtige Richtung gestellt, weg vom Abstellgleis.

Das ist ein guter Haushalt für die Geschlechtergerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit der Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ wollen wir der Frauenförderung im Arbeitsleben wieder einen zentralen Stellenwert einräumen. Auch wenn die Erwerbsquote von Frauen in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich gestiegen ist, liegt Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz.

Und obwohl immer mehr Frauen erwerbstätig sind, hat sich das Erwerbsvolumen nicht erhöht. Das ist nämlich die Milchmädchenrechnung, die Ihr damaliger Minister, Herr Laschet, uns immer wieder vorgebracht hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Klartext heißt das nämlich ganz etwas anderes: Immer mehr Frauen teilen sich den Anteil an der Erwerbsarbeit. Das bedeutet mehr Teilzeit und mehr prekäre Beschäftigung. Das ist das Problem. Ein Indiz dafür ist der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen von 23 %, den wir haben. Der Gender Pay Gap von 23 % ist in der EU einer der höchsten.

Mit den Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ wollen wir in den 16 Arbeitsmarktregionen deutlich zu einer verbesserten Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt beitragen. Diese Kompetenzzentren werden nicht die Neuauflage der Regionalstellen „Frau und Wirtschaft“ sein, die Sie, die schwarz-gelbe Landesregierung, 2006 unter großem Protest geschlossen haben. Übrigens, der Minister wollte es gar nicht, es war Ihre Fraktion, die explizit darauf gedrungen hat, diese Regionalstellen zu schließen, obwohl sie beste Referenzen von überall her hatten.

Wir wollen, dass diese Kompetenzzentren – vernetzt in der Region – für Frauen neue Zugänge zum Arbeitsmarkt schaffen, Hemmnisse beim Berufsausstieg abbauen, die Berufsorientierung verbessern, zeitliche und qualitative Unterbeschäftigung reduzieren, Aufstiegschancen von Frauen verbessern und Gründerinnen unterstützen. Dafür stellen wir die 5 Millionen € in den Haushalt ein. Das ist gut angelegtes Geld. Denn wenn Frauen gute Erwerbsarbeit leisten, steigt das wirtschaftliche Wachstum,

und das trägt zur Stabilisierung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bei.

Auch Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen wollen wir mit diesem Haushalt wieder aufstocken. Die zweite Sozialarbeiterinnenstelle in den Frauenhäusern, die 2006 von der alten Landesregierung gestrichen wurde, wird wieder eingesetzt. Das ist bitter nötig. 2 Millionen € werden hierfür in den Haushalt eingestellt. Das bedeutet eine längst überfällige Sicherung der psychosozialen Betreuung der von Gewalt betroffenen Frauen.

Das bietet den Frauen die Sicherheit, auch einen Platz im Frauenhaus zu bekommen, wenn sie ihn brauchen. Denn die Abweisung der Frauen wegen Platzmangels in den letzten Jahren war keine Seltenheit. Aufgrund von Personalmangel sind natürlich auch Plätze abgebaut worden.

Die Wiedereinstellung der zweiten Fachstelle in den Haushalt ist allerdings der erste Schritt, denn wir wollen eine gesetzliche Regelung, um den Rechtsanspruch auf einen Platz im Frauenhaus sicherzustellen.

Um eine Million wird der Ansatz für die Beratungseinrichtungen erhöht. Dies soll nicht nur die gestiegenen Kosten der letzten Jahre kompensieren, sondern auch das Mehr an Aufgaben. Denn zusätzliche Beratung für Stalking, K.o.-Tropfen, Genitalverstümmelung, Täterarbeit, Zwangsheirat haben ohne zusätzliches Geld das Beratungsangebot erweitert. Frühe und schnelle Hilfen sind auch hier wichtig, um den betroffenen Frauen den Weg in ein so weit wie überhaupt möglich normales Leben zu erleichtern.

Das Recht auf Schutz vor Diskriminierung ist unteilbar. Daher ist die Bekämpfung homophober und transphober Einstellungen ein wichtiges Aktionsfeld für uns. Der Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gegen Homo- und Transphobie ist für uns ein Kernstück auf dem Weg zu einem emanzipierten und toleranten Nordrhein-Westfalen.

Unverzichtbar auf diesem Weg ist die Unterstützung durch viele Einrichtungen, in denen ehrenamtlich gearbeitet wird. Bürgerschaftliches Engagement ist immer zu begrüßen. Einrichtungen wie die „Landesarbeitsgemeinschaft Lesben“ und das „Schwule Netzwerk NRW“ verdienen unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren, der Bereich „Frauen, Gleichstellung und Emanzipation“ ist haushaltstechnisch minimal. Er bewegt sich im einstelligen Promillebereich; gleichwohl ist es sehr gut angelegtes Geld, gut angelegtes Geld für die Gerechtigkeit und die Gleichstellung in unserem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Kieninger. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Kosten der gegenwärtigen Nichtgleichstellung übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei Weitem.“ Dieser Satz stammt aus dem Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der damals 2008 noch von der Bundesfamilienministerin Frau von der Leyen in Auftrag gegeben wurde.

(Ministerin Barbara Steffens: Aha!)

Mit dem vorgelegten rot-grünen Haushaltsentwurf machen wir einen großen Schritt in Richtung zukunftsweisender Gleichstellungspolitik, zum Beispiel indem wir Geld für die Einrichtung der 16 Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ in die Hand nehmen. Diese sollen Genderkompetenz in die bestehenden Strukturen, die die Angebote bisher nicht auffangen konnten – wie Sie, Frau Milz, das gesagt haben –, hineinbringen und dafür sorgen, dass neue Zugänge für Frauen am Arbeitsmarkt erschlossen werden, dass Hindernisse beim Berufseinstieg reduziert werden und auch dass Existenzgründungen unterstützt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit einem Gender Pay Gap von 25 % in NRW – damit liegen wir 2 % über dem bundesweiten Durchschnitt und sogar 8 % über dem EU-weiten Durchschnitt –, aber auch mit einer niedrigen Erwerbstätigkeitsquote von Frauen in NRW – im Bundesvergleich sind wir, glaube ich, auf dem drittletzten Platz –, mit einem festgefahrenen Berufswahlverhalten von Mädchen – heute war wieder Girls' Day – haben wir einen dringenden Nachholbedarf in diesem Bereich. Wir müssen die Potenziale von Frauen endlich ausreichend nutzen. Dafür müssen wir auch Geld in die Hand nehmen. Aber dabei handelt es sich um Zukunftsinvestitionen. Auch das hat der Gleichstellungsbericht sehr deutlich gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN)

An dieser Stelle kann ich als junge Frau, als jüngste Abgeordnete dieses Parlaments sagen,

(Beifall von Ralf Michalowsky [LINKE])

dass ich das Gerede, dass wir keine Schulden mehr machen dürften, weil Schuldenbegrenzung per se zu Generationengerechtigkeit führen würde, nicht mehr hören kann.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Widerspruch von der CDU und von der FDP)

Was habe ich denn als junge Frau davon, wenn mir zwar auf der einen Seite eine sehr gute Schulausbildung finanziert wird, wenn ich aber auf der ande-

ren Seite nicht die Möglichkeit habe, die vielen Erwartungen, die an mich als junge Frau von der Gesellschaft herangetragen werden, zu erfüllen, weil die Strukturen nicht da sind, weil die Arbeitskultur nicht da ist? Was bringt mir da meine gute Schulausbildung? Ich finde, hier vergeuden wir ganz massiv Potenziale. Das dürfen wir nicht weiter machen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN sowie von Minister Guntram Schneider)

Generationengerechtigkeit heißt aber nicht nur, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu stärken, sondern Generationengerechtigkeit bedeutet auch, dass man die Gerechtigkeit unter den Generationen stärkt. Dazu zählt für mich, dass wir von Gewalt betroffenen Frauen die Unterstützung geben, die sie brauchen. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ich glaube, darüber haben wir hier auch einen Konsens.

Frau Milz, wenn Sie sagen: „Die Frauenhäuser können mit drei Stellen wunderbar auskommen und ihre Arbeit erledigen“, dann frage ich mich, warum allein im letzten Jahr über 5.000 Frauen in Nordrhein-Westfalen abgewiesen und nicht in Frauenhäuser aufgenommen wurden. Das wurden sie, weil die Strukturen gefehlt haben, weil die Streichung der vierten Stelle dazu geführt hat, dass Frauenhausplätze abgebaut wurden.

Das wollen wir rückgängig machen. Wir werden die zweite Sozialarbeiterinnenstelle wieder in diesen Haushalt einstellen. Wir werden den zusätzlichen Anforderungen der Frauenberatungsstellen Rechnung tragen. Und wir werden auch einen Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen auflegen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in der Queer-Politik werden wir einen Schlusstrich ziehen unter die Politik von CDU und FDP. Nicht nur dass die neue Landesregierung die beamtenrechtliche Gleichstellung endlich durchführt, wir werden auch gemeinsam mit den Beteiligten der Community, mit den Ministerien und erfreulicherweise auch mit den Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen hier im Haus dafür sorgen, dass wir Maßnahmen für mehr Akzeptanz und gegen Diskriminierung von Lesben, von Schwulen, von Bisexuellen, von Transsexuellen und von Transgender auf den Weg bringen. Ich glaube, dieser Aktionsplan gegen Homophobie ist noch einmal ein sehr deutlicher Beleg dafür, dass wir wirklich einen rot-grünen Politikwechsel angehen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wie Sie sehen – das hatte auch meine Kollegin Frau Kieninger schon gesagt –, reden wir hier über einen sehr kleinen Haushalt. Das kann man nicht

anders sagen. Ich freue mich deshalb, dass wir auch in andere Einzelpläne Mittel für Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter eingestellt haben. Aber unser Ziel ist – das haben SPD und Grüne in ihren Koalitionsvertrag geschrieben –, langfristig darauf zu achten, für wen eigentlich Geld ausgegeben wird, dass wir Gender-Budgeting einführen, dass wir gucken, welche haushaltspolitischen Entscheidungen für welche Geschlechter relevant sind. Da müssen wir perspektivisch hinkommen. Denn ich glaube und ich hoffe, dass wir in diesem Hause einen Konsens darüber haben, dass wir nicht nur eine echte Gerechtigkeit zwischen den Generationen haben wollen, sondern auch eine echte Gerechtigkeit unter den Geschlechtern. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Schäffer. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schäffer, ich kann es gut nachvollziehen, dass junge Frauen ihre Chance im Erwerbsleben suchen. Darauf haben sie auch ein volles Recht – im Übrigen genauso wie junge Männer und wie ältere Männer und ältere Frauen.

Ich stimme völlig zu, dass wir auch ohne den Blick auf den wegen der demografischen Entwicklung zu erwartenden Fachkräftemangel auf die Frauenerwerbstätigkeit nicht verzichten sollten und wollen, weil Frauen genauso wie Männer sehr spezifische Kompetenzen, Erfahrungskompetenzen, Qualifikationen, Kreativität in unsere Gesellschaft, in das Erwerbsleben hineinbringen. Da dürfen wir – egal, ob von Männern oder von Frauen – überhaupt keine Ressource ungenutzt lassen.

Allerdings will ich an dieser Stelle ganz klar sagen, Frau Kollegin: Auch für eine junge Frau darf das in gleicher Weise wie für ältere Frauen trotzdem nicht zu der Rechtfertigung einer hemmungslosen Verschuldung führen; denn das ist eine Versündigung an nachfolgenden Generationen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich will jetzt – wir werden nachher beim Einzelplan 20 noch etwas detaillierter darüber sprechen – nur zwei Anmerkungen zum Einzelplan 15 Teilbereich Emanzipation machen.

Bei der Frage, wie wir bessere Berufsorientierung und mehr Chancengerechtigkeit für junge Männer und Frauen im Erwerbsleben erreichen können, ist die Wiedereinführung der alten Regionalstelle „Frau und Beruf“ und der großen Förderung – die 5 Millionen € sind von der Kollegin gerade schon ange-

sprochen worden – aus unserer Sicht kein richtiger Schritt in die beschriebene Richtung. Sie nennen das ganze Ding jetzt zwar ein bisschen anders – Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ mit Regionalagenturen und Kompetenzzentren –, aber das Prinzip ist gleich. Da muss man ganz nüchtern feststellen, dass sich das Gott sei Dank zwischenzeitlich überholt hat. Diese Einrichtung hatte Ende der 80er-Jahre zwar durchaus Sinn. Mittlerweile aber haben wir ganz andere Infrastrukturen, weil wir heute frauenpolitische Aspekte anders verankert haben, zum Beispiel bei der beruflichen Förderung von Frauen, aber auch im Sozialgesetzbuch, im Sinne einer Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik. Dieses Anliegen wird dort überall stärker wahrgenommen.

Wir haben in der freien Wirtschaft mittlerweile – ich glaube, das ist ein wirklich positiver Schritt – Unternehmen bei uns im Land, die einen hohen Frauenanteil aufweisen und die eigene Initiativen zur Stärkung der Situation von Frauen, zum Beispiel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa durch geeignete Arbeitszeitmodelle und dergleichen mehr, auf den Weg gebracht haben. Sie machen damit tatsächlich auch für sich selbst Werbung und können auf diese Art und Weise für ihr Unternehmen hochqualifizierte weibliche Fachkräfte gewinnen.

All dies zeigt, dass wir mittlerweile schon ein bisschen weiter sind. Der Haushaltsansatz, der hier nun vorgelegt wird, passt eher zu dem Sinnspruch: „Die Zukunft ist die Vergangenheit, die durch eine andere Tür wieder hereinkommt.“

Bei dem zweiten Punkt, der ebenfalls gerade angesprochen wurde, handelt es sich um die Frage, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu treffen sind. Dabei geht es hier insbesondere um zusätzliche Mittel für die Förderung von Frauenhäusern. Um es ganz klar zu sagen: Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist ein ganz wichtiges Anliegen. Wir haben das bereits in den vergangenen fünf Jahren trotz der wirklich großen Konsolidierungsanstrengungen, die wir unternommen haben, anerkannt. Gleichwohl – das, was jetzt gemacht wird, dient eben nicht dazu, zu schauen, wo denn möglicherweise tatsächlich ein stärkerer Bedarf vorhanden ist und wo man vielleicht mehr machen muss. Stattdessen wird nun pauschal mit der Gießkanne verteilt; es wird einfach nur der Ansatz aufgestockt, und es wird gar nicht im Detail geschaut, wo denn letztlich die genauen Bedarfe bestehen.

Letzte Bemerkung: Der Aktionsplan gegen Homophobie und die Maßnahmen für eine stärkere Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften – die Anerkennung von Lebenspartnerschaften von Lesben und Schwulen und die Anerkennung Transsexueller – ist eine Maßnahme, die auch aus unserer Sicht Unterstützung verdient.

Das ist nun alles, was ich in der Kürze der Zeit zu diesem Einzelplan bzw. diesem Teilbereich sagen will. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte, Frau Präsidentin, mit den Worten von Frau Ministerin Steffens zu beginnen.

„Wer in Nordrhein-Westfalen Frauenpolitik machen will, muss Geld in die Hand nehmen und die Kürzungen der Vorgängerregierung rückgängig machen.“

(Beifall von der LINKEN)

So lauteten die Worte von Frau Steffens im November letzten Jahres. Das war für viele frauenpolitische Initiativen, Organisationen und Einrichtungen ein Hoffnungsschimmer.

(Zuruf von der CDU)

Denn wir alle haben erlebt, wie die schwarz-gelbe Regierung in der letzten Legislaturperiode hier gekürzt hat – sei es bei den Frauenhäusern, den Frauenberatungsstellen, den Notrufeinrichtungen, oder sei es bei den Regionalstellen „Frau und Beruf“.

Wem aber nützen schöne Versprechungen, wenn sie nur ansatzweise eingehalten werden, in der Konsequenz aber nicht in handfeste Regelungen münden? Im Haushaltsentwurf 2011 können wir zwar die Einstellung zusätzlicher Mittel feststellen, diese Mittel lassen sich in der Beurteilung aber, grob gesagt, auf eine Aussage reduzieren: Sie reichen nicht aus.

(Beifall von der LINKEN)

Es fehlt nach wie vor an Geld und Personal, um die bereits vorhandenen Maßnahmen den Anforderungen entsprechend zu organisieren. Es fehlt in vielen Bereichen ein verbindliches rechtliches Gerüst, das dazu beitragen kann, zu entscheiden, welche frauenpolitischen Maßnahmen aus den willkürlich gesetzten Haushaltsabhängigkeiten herausgeholt werden können.

Aber schauen wir uns doch zunächst einmal an, welche Veränderungen tatsächlich stattgefunden haben.

In der Titelgruppe 61 in Kapitel 15 035 mit der Überschrift „Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen“ sind zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Millionen € eingestellt. Diese sollen für Zuschüsse zu Personalausgaben und für Maßnahmen wie Frau-

enhäuser, Beratungsstellen, Notrufeinrichtungen und andere Initiativen und Projekte, die gegen Gewalt gegen Frauen eintreten, eingesetzt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung für diesen Bereich ist immerhin von 175.000 € auf 690.000 € angehoben worden. Im Bereich Berufliche Gleichstellung und Potenzialentwicklung ist der Mittelansatz auf 5 Millionen € erhöht worden; diese sind für die Landesinitiative „Frauen und Wirtschaft“ bestimmt, deren Ziel es sein wird, neue Zugänge zum Arbeitsmarkt für Frauen unterschiedlicher Zielgruppen zu schaffen.

So weit, so gut, meine Damen und Herren. Das hört sich zwar zunächst ganz gut an. Wenn man aber einen Blick hinter die Kulissen wagt, stellt sich schnell Ernüchterung ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen.

Wie wir wissen, wurden die Mittel für die Frauenhäuser mit dem Haushalt 2006 drastisch um 30 % gekürzt. Damit ist eine ganze Personalstelle ersatzlos weggefallen. Mit dem Haushalt 2011 wurden zwar zusätzliche Mittel in Höhe von 2,7 Millionen € für Einrichtungen innerhalb der gekürzten Stellenansätze eingebracht, unberücksichtigt bleiben bei dieser Erhöhung allerdings die real gestiegenen Personalkosten, die in der Berechnung nicht enthalten sind. Unberücksichtigt bleiben auch die erheblichen Kürzungen der kommunalen Zuschüsse sowie die katastrophale Platzsituation in den Frauenhäusern im Raum Köln/Bonn.

Dessen ungeachtet sind die Trägereinrichtungen froh über jeden Tropfen auf dem heißen Stein. Die Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW begrüßt die Wiedereinführung der zweiten Fachkraftstelle. Sie machte aber erst im November letzten Jahres deutlich, welche Mittel tatsächlich benötigt würden, um diese zweite Fachkraftstelle überhaupt zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die Linke hat eine Zuwendungserhöhung von 150.000 € pro Einrichtung beantragt.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben dargelegt, warum der bisherige Ansatz von 8.131.500 € auf die Summe von 9,3 Millionen € erhöht werden muss. Wir haben dargelegt, warum vor dem Hintergrund der Zielsetzung einer künftigen und bedarfsgerechten Finanzierung der Einrichtungen einerseits und einer gesetzlichen Absicherung jeder von Gewalt betroffenen Frau andererseits Mittel von 52.342.500 € als Verpflichtungsermächtigung einzustellen sind. Diese Anträge, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, sind mit Ihren Stimmen abgelehnt worden. Das haben Sie vor den betroffenen Frauen und Initiativen zu verantworten.

(Beifall von der LINKEN)

Sie dürfen nicht vergessen, dass jedes Projekt, jede Stelle dringender denn je benötigt wird. Es ist fahrlässig von Ihnen, nicht den Anforderungen nach einer einzelfallunabhängigen und bedarfsgerechten Finanzierung nachzukommen.

Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition! Heute möchte ich Sie noch einmal an Ihre Verantwortung erinnern. Sie sagen, dass Sie dazu beitragen wollen, dass Frauen in dieser Gesellschaft ein gleichberechtigtes Leben führen können. Dann müssen Sie aber auch entsprechend handeln, Gelder in diese Bereiche fließen lassen

(Beifall von der LINKEN)

und nicht nur kleinlich nachbessern. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Akbayir. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Akbayir, wir sind nicht bei „Wünsch dir was“. Wir haben zugesagt, die Mittel, die gekürzt wurden, wieder in den Haushalt einzustellen. Da sind wir worttreu geblieben. Aber nicht nur das, wir haben sogar noch mehr Geld in die Hand genommen. Von daher kann man nicht sagen, wir hätten das, was wir vorher versprochen haben, nicht wahrgemacht. Wir haben es wahrgemacht.

Natürlich ginge immer und überall noch mehr, aber noch mehr ist im Rahmen dieses Haushaltes, ist im Rahmen dessen, was wir im Moment verantworten können, nicht drin. Deswegen werden wir versuchen, die vor Ort notwendigen Mittel so zu steuern, dass sie dort ankommen. Klar ist aber: Das Land kann nicht eine Bürgschaft in der Höhe übernehmen, in der die Kommunen ihre Mittel reduziert haben. Das Land kann nicht das übernehmen, was die Kommunen an Ausfall produziert haben. Wir können nur die Mittel erbringen, die Schwarz-Gelb in der letzten Legislaturperiode gekürzt hat.

Frau Milz, Sie haben gesagt, es wäre zu viel, es ginge nicht, und es wäre falsch investiertes Geld. Dies haben Sie an zwei Beispielen deutlich gemacht, nämlich an den Mitteln für Gewalt gegen Frauen, die wir wieder einsetzen, und an der zweiten Fachkraftstelle. Sie haben gegengerechnet und gesagt, stattdessen sollten wir lieber den FrauenMediaTurm, das Mentorinnenprojekt und den Unternehmerinnenpreis finanzieren. Außerdem können wir vielleicht auch noch ein Frauenhaus in Köln, Bonn oder wo auch immer an den Start bringen. Sie haben gerade die Zahl von Frau Schäffer gehört:

5.000 Frauen standen vor den Frauenhäusern und mussten abgelehnt werden. Das sind Frauen mit Kindern. Das ist in den meisten Fällen so. Und diesen Frauen wollen Sie sagen: Wir nehmen das Geld lieber in die Hand, um es in den FrauenMediaTurm, in ein Mentorinnenprojekt und in einen Unternehmerinnenpreis zu investieren. Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Frauen, die in diesem Land von Gewalt betroffen sind, sollen den Schutz bekommen, den sie brauchen.

Sie haben eben so gemunkelt und etwas gelacht, als Frau Schäffer gesagt hat, Generationengerechtigkeit sei etwas anderes, nämlich nicht nur sparen. Für Kinder, die mit ihren Müttern aus einer Gewaltfamilie fliehen und in einem Frauenhaus Schutz suchen, ist Generationengerechtigkeit, dass sie den entsprechenden Schutz in einem vom Land finanzierten Schutzraum bekommen. Darüber hinaus müssen sie Hilfe bekommen, damit sie mit den Gewalterfahrungen klarkommen. Mit dieser Gewalterfahrung dürfen sie nicht weiter auf der Straße stehen und gucken, wie sie damit klarkommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist für mich Generationengerechtigkeit und nicht, ein Mentorinnenprojekt oder Unternehmerinnenpreis zu finanzieren.

Ich halte es auch für falsch – darüber haben wir ja im Ausschuss diskutiert –, einen Unternehmerinnenpreis ins Leben zu rufen, und zwar nicht, weil ich glaube, dass das nicht die notwendige Vorbildfunktion für junge Frauen hat, sondern weil ich glaube, dass wir mit der „Ausgezeichnet! Unernehmerinnen in NRW“-Broschüre sehr viel mehr für junge Frauen tun, um ihnen modellhaft Beispiele von erfolgreichen Frauen zu zeigen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Wären Sie willens und bereit, eine Zwischenfrage der Kollegin Freimuth zu beantworten?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Aber natürlich.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich habe eine Nachfrage. Stimmen Sie mit mir überein,

(Unruhe)

dass wir bei der Frage „Schutz von Frauen und Familien vor Gewalt“ nicht nur die Seite der Opfer mit der Zurverfügungstellung von Schutzräumen in Betracht ziehen müssen ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Kollegin Freimuth, Entschuldigung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe ja, dass Sie jetzt hier reinkommen, um an der Abstimmung teilzunehmen. Aber es läuft gerade eine Debatte. Zumindest die beiden Kolleginnen, die hier debattieren, und die anderen, die dieser Debatte zuhören wollen, sollten die Chance haben, dies zu tun.

(Beifall von der SPD)

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich wiederhole es gerne, Frau Ministerin, weil die Geräuschkulisse in der Tat heftig ist.

Ich frage Sie, ob Sie mit mir übereinstimmen, dass wir nicht nur die Zurverfügungstellung von Schutzräumen für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt werden, insbesondere im häuslichen Bereich, in Betracht ziehen müssen, sondern dass wir im Grunde genommen viel stärker Maßnahmen, sowohl gesetzgeberische als auch gesellschaftliche, gegenüber den Aggressor ergreifen müssen, da im Grunde genommen der aus dem häuslichen Umfeld heraus müsste.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Freimuth, das haben wir ja in vielen Fällen, dass die Männer, die Aggressoren, aus der eigenen Häuslichkeit verwiesen werden. Die Erfahrungen zeigen aber, dass das an vielen Stellen nicht ausreicht. Wir haben ja die Diskussion auch in einem anderen Zusammenhang geführt, nämlich bei Gewalt gegenüber den Beamten, die die Männer des Wohnraums verweisen müssen. Die Aggressoren kommen oft zurück.

Für die Frauen ist es oft die einzige Möglichkeit. Ich glaube, es wäre eine Fiktion, wenn wir meinten, wir könnten die Gewalt so verhindern. In dem Moment, in dem ich Kinder mit Gewalterfahrung direkt psychosozial begleite, habe ich auch ein Grundelement, durch das eine potenzielle Gewalttat später produziert wird, verhindert. Wir wissen doch alle, dass viele Gewalttäter – soweit ich weiß, ist es die weitüberwiegende Zahl der Gewalttäter – in ihrer Kindheit und Jugend selber Gewalterfahrungen gemacht haben.

Es ist also ganz wichtig, um das Entstehen neuer Aggressoren zu verhindern, Kinder mit Gewalterfahrungen direkt aufzufangen und ihnen eine adäquate Betreuung zuteil werden zu lassen. Das ist derzeit bei dem vorhandenen Personalschlüssel in den Frauenhäusern einfach nicht möglich. Selbst diejenigen, die Frauen und Kinder aufnehmen, berichten immer wieder, dass durch den Wegfall der zweiten Fachkraftstelle die in dieser Situation notwendige Betreuung der Kinder nicht adäquat möglich ist.

Es geht also nicht nur darum, die Anzahl der Frauen, die heute abgewiesen werden, zu verringern, sondern es geht auch darum, eine adäquate Qualität zu haben, damit die Kinder ihre auf Gewalterfahrung beruhenden Traumata bearbeiten können, damit sie nicht selber später Täter werden. Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass wir Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen im eigenen häuslichen Bereich mehr psychosozial betreuen.

Ich will aber auch noch zu einem anderen Bereich kurz etwas sagen. Es ist die Kritik erhoben worden, mit den Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ sei wieder durch die Hintertür, wie Sie wohl eben sagten, die Vergangenheit eingeführt worden. – Nein, das ist nicht das, was in der Vergangenheit war. Sie werden, wenn Sie der Ausschussdebatte gefolgt sind, vernommen haben, dass diese Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ einem neuen Konzept folgen. Sie sind aber notwendig, weil das, was Sie immer angekündigt haben, durch Ihre Maßnahmen würde die Frauenerwerbsquote steigen und die Wiedereingliederung von Frauen würde damit wunderbar funktionieren, nicht gelungen ist.

Sie sind mit Ihrem Konzept und Ihrem Ansatz des Nichtstuns oder mit dem Konzept der verbalen Frauenpolitik gescheitert. Deshalb müssen wir eine solche Maßnahme ergreifen.

Ich finde es schon erstaunlich, wenn aus den Reihen der CDU diese Maßnahme als nicht sinnvoll bezeichnet wird. Ich habe nämlich auch von CDU-Landräten Schreiben bekommen, in denen diese es sehr begrüßen, dass wir diese Kompetenzzentren wieder einführen. Sie sagen klar, dass sie auch gerne vor Ort ein solches Kompetenzzentrum errichtet haben wollten, weil bei ihnen die Frauenerwerbsquote sehr niedrig sei und die Angebote und Maßnahmen der Vergangenheit nicht gegriffen hätten.

Ich glaube, dass wir mit diesem Einzelplan und den vorgesehenen Erhöhungen über die notwendigen Maßnahmen einen gewissen Ausgleich schaffen können. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass der Frauenhaushalt etwas ist, mit dem wir einen Nachteilsausgleich erreichen wollen, nämlich da, wo es Diskriminierung gibt und Gleichberechtigung nicht stattfindet. Wir reden hier über einen Haushalt, der 0,04 % des Gesamtetats ausmacht. Das spricht eigentlich schon für sich. Wer da über Kürzungen reden will, der macht sich eigentlich lächerlich. Von daher hoffe ich, dass wir gemeinsam diesen Einzelplan so verabschieden können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Da zu diesem Teilbereich keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung zu Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1715 angenommen**, wobei die Fraktion Die Linke an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, und der **Einzelplan 15 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Es gibt dazu die Beschlussempfehlungen Drucksache 15/1712 und Drucksache 15/1720.

Ich eröffne die Beratung zu den Themenfeldern „Allgemeine Finanzverwaltung“ und „Haushaltsgesetz“. – Als Erstes spricht für die Fraktion der CDU Herr Krückel.

Bernd Krückel (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen zum Landeshaushalt 2011 stehen unter einem enormen Zeitdruck. Diesen Zeitdruck hat ausschließlich die Landesregierung zu verantworten. Er tut der Qualität der Beratungen nicht gut.

Die selbsternannte Koalition der Einladung wurde schon mit dem Nachtragshaushalt 2010 die Koalition der gescheiterten Haushaltspolitik und verdient sich diesen Namen mit dem Haushaltsentwurf 2011 erneut. Obwohl sich schon im Vorfeld der Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs abzeichnete, dass der Entwurf des Landeshaushaltes 2011 mit einer beabsichtigten Verschuldung von mehr als 7 Milliarden € nicht haltbar sein würde, hat die Landesregierung nur zum Schein eingelenkt und nach der Entscheidung das gleiche Altpapier, erweitert um eine Ergänzungsvorlage, vorgelegt, was schon vor der Entscheidung des VGH nur zur Entsorgung getaugt hätte.

Bezeichnend ist, dass die Landesregierung nicht die Kraft aufgebracht hat, eine Ergänzungsvorlage vorzulegen, die der geänderten Situation Rechnung getragen hätte. Oder durfte der Finanzminister schlicht und ergreifend nicht? Die präventive Finanzpolitik der Ministerpräsidentin wäre sicherlich noch deutlicher entzaubert und demontiert worden.

So beraten wir heute einen Haushalt, der durch Änderungsanträge der SPD und der Grünen so frisiert wird, dass zumindest der Anschein entstehen soll, man wolle Verfassungsmäßigkeit herstellen.

Haben wir insbesondere durch die Presse erfahren dürfen, dass in einzelnen Ministerien Chaos und Ratlosigkeit herrschen, so konnten wir heute hier im Plenum erleben, dass das wohl auch zwischen den Ministern der Fall ist.

Wenn der Finanzminister weiterhin den Anschein erweckt, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, um die Verschuldung zu rechtfertigen, dann mutet es schon seltsam an, dass der Wirtschaftsminister heute Morgen einen Lobgesang auf die prosperierende Wirtschaft unseres Landes anstimmt, welches sich nach seinen Ausführungen deutlich besser entwickelt als die anderen Länder und der Bund. – Meine Herren Minister, stecken Sie mal die Köpfe zusammen und einigen Sie sich auf eine Sprachregelung. Was wir in diesen Tagen von Ihnen hören, ist unwürdig für Nordrhein-Westfalen.

Die selbsternannte Koalition der Einladung ist ja in Wirklichkeit auch eine Koalition der Schwäche – eine Koalition der Schwäche deshalb, weil sie nicht selbst die Kraft hat, eine Mehrheit für den Haushalt zu finden und auf Die Linke schielen muss, um durch deren Nichtteilnahme oder was auch immer den Haushalt verabschieden zu können.

Ich möchte für die Fraktion der CDU deutlich machen, dass wir im Haushaltsplan 12 grundsätzlich der Einstellung von mehr Betriebsprüfern zustimmen, aber wir vermissen Augenmaß. Die Regierung verweigert sich, die Aufstockung der Zahl der Betriebsprüfer durch Einsparungen an anderen Stellen zu kompensieren. Einer dramatisch sinkenden Bevölkerung steht eine wachsende Schar von Landesbediensteten gegenüber – das ist keine vorausschauende Ausgabenpolitik.

Welche Folgen hat die sofortige Einstellung der zusätzlichen Betriebsprüfer? – Wer die Mitarbeiter ad hoc aus der Veranlagung abzieht und in die Ausbildung zur Betriebsprüfung gibt, schwächt natürlich den Innendienst und die Veranlagungen. Eine gute Veranlagung aber ist die Basis für eine gleichmäßige Steuerfestsetzung. Wenn die Mitarbeiter der Veranlagungen dann noch durch eine restriktive Handhabung der Fristverlängerungen belastet werden, nimmt die Qualität der Veranlagung zwingend Schaden.

Wenn ich an den Einzelplan 20 denke, den Haushaltsplan der allgemeinen Finanzverwaltung, so freut es mich, dass die Regierungskoalitionen nun auch erkannt haben, dass Steuereinnahmen in einem höheren Maße zu erwarten sind und die Neuverschuldung daher gesenkt werden kann. Es würde mich freuen, wenn ein Redner der regierungstragenden Fraktionen deutlich machen würde, dass die Steuererhöhungsgorgien der Linken nicht zu machen sind.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sollen die Einnahmeseite verbessern!)